

Einzelpreis
2,- Euro

Idee & Tat

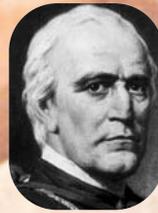
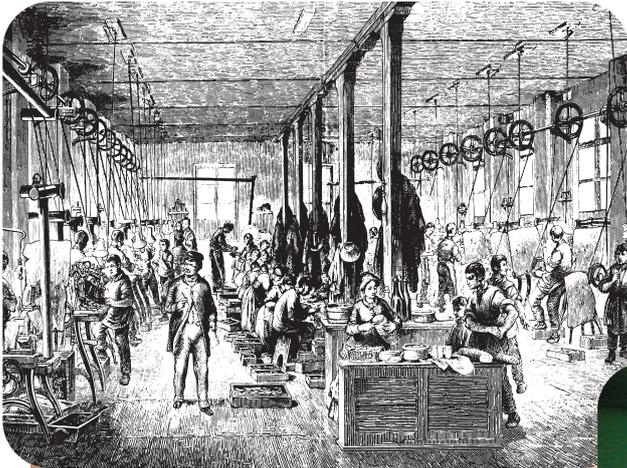
Idee

Zeitschrift für die Führungskräfte der Kolpingsfamilie

 KOLPING

Extra/2004

91. Jahrgang



Das Thema:

Geschichte der Sozialbewegung

Von der

Frühindustrialisierung

ins 21. Jahrhundert

Erbe und Auftrag

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Sozialpolitik in Deutschland ist wesentlich von engagierten katholischen Christen mitgestaltet worden. Dabei orientierten sie sich an der Katholischen Soziallehre, die – gemeinsam mit der evangelischen Sozialethik – zur Christlichen Gesellschaftslehre weiterentwickelt worden ist.

Geistliche und Laien haben sie gleichermaßen geprägt: Katholiken, die sich über die durch Trennung von Arbeit und Kapital entstehende „Soziale Frage“ Gedanken machten und gegen die Verelendung der Arbeiter angingen. Über die deutsche Zentrumsparlei haben die Katholiken wesentlich auf die Sozialgesetzgebung im Kaiserreich wie auch in der Weimarer Republik eingewirkt. Nach dem 2. Weltkrieg übernahm die überlebende Führungselite des politischen und sozialen Katholizismus öffentliche Verantwortung beim Neuaufbau des Staates.

In der Mai-Ausgabe des Jahres 2002 haben wir im Kolpingblatt auf die Geschichte der katholischen Sozialbewegung hingewiesen, die auch von Adolph Kolping und weiteren Mitgliedern des Kolpingwerkes wesentlich mitgeprägt wurde.

In Idee & Tat wurde anschließend die Geschichte der katholischen Sozialbewegung in einer Serie mit acht Folgen intensiv aufgearbeitet. Diese Beiträge liegen nun als Sonderdruck vor.

Unser Titelbild deutet an: Die Geschichte der Menschheit ist kein Produkt von Chaos und Zufall. Sie ist auch nicht nur das Werk von Menschen, sondern zugleich Heilsgeschichte. Immer wieder lassen sich Frauen und Männer von Gott rufen, um nicht zuerst für sich selbst zu leben, sondern um sich in den Dienst der Gesellschaft stellen. Wir erleben das im Alltag bei ungezählten Menschen, die sich hingebungsvoll für die Formung und Erziehung ihrer Kinder einsetzen, und dafür selten ein Lob erhalten (Muss nicht jeder, der den Vorzug hat, glücklich durch 's Leben zu gehen, für diese erlebte Hingabe dankbar sein?).

Wir erleben Heilsgeschichte gerade auch durch solche Menschen, die sich – oft mit Leidenschaft – für Aufgaben in Gesellschaft, Staat und Kirche zum Wohle aller einsetzen. Es ist für uns, die wir davon profitieren, das Mindeste, sie dankbar zu ehren.

Solche Vorbilder regen an, ermutigen und stärken diejenigen, die sich heute für soziale Gerechtigkeit und Wohlstand der Menschen einsetzen. Auf die Zeit der Industrialisierung und Liberalisierung folgten Menschen wie Franz Joseph Buß, Wilhelm Emmanuel von Ketteler, Adolph Kolping, Adam Stegerwald, Helene Weber und Oswald von Nell-Breuning, die jeweils mit ihren Antworten und Initiativen Ungerechtigkeit, Leid und Ausweglosigkeit bekämpften – im Sinne einer besseren, christlicheren Welt. Sie erinnern uns daran, dass Gott uns seit unserer Erschaffung nicht verlässt, sondern Heilung schenkt. Das gilt für jeden Einzelnen, das gilt auch für die Gesellschaft insgesamt.

Dieses Heft fasst ihr Erbe anschaulich zusammen und ist zugleich Auftrag an uns, heute und morgen an der Umsetzung und Weiterentwicklung dieser Ideen mitzuwirken!



Martin Grünwald, Chefredakteur

Inhalt

- | | |
|--|-------|
| 1. Frühindustrialisierung und erste Sozialreform | S. 3 |
| 2. „Ein großer Umschwung hat stattgefunden“ | S. 7 |
| 3. Katholiken im Kaiserreich | S. 11 |
| 4. Die Kirche lobt und verwirft | S. 15 |
| 5. Zwischen den Kriegen | S. 19 |
| 6. Keine Stunde Null | S. 23 |
| 7. Das Recht auf Freiheit | S. 27 |
| 8. „Wir sind das Volk“ | S. 31 |

Erbe und Auftrag

Unter diesem Titel hat Idee & Tat eine Serie zur Geschichte der katholischen Sozialbewegung in Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart gebracht. Dabei sind auch die Wurzeln des Kolpingwerkes deutlich geworden, die Teil dieser Bewegung sind. Adolph Kolping war einer ihrer Pioniere.

In einer Serie von acht Beiträgen hat Petra Uertz die Geschichte der christlich-sozialen Bewegung geschildert und mit Zeittafeln angereichert. Die Autorin ist Juristin und Wissenschaftsredakteurin. Sie lebt in Bonn und ist mit dem Sozialethiker Rudolf Uertz verheiratet.



Petra Uertz



Dieser Holzstich zeigt Kinderarbeit in einer optischen Fabrik um 1870. Mädchen und Jungen wurden als billige Arbeitskräfte missbraucht. Abb.: bpk

1. Frühindustrialisierung und erste Sozialreform

Franz Joseph Ritter von Buß gibt eine neue Antwort auf eine neue Frage

Zehn Jahre nach dem ersten sozialreformerischen Programm und 57 Jahre vor ihrem Verbot legte Peter Reichensperger (1810-1892) den Finger auf die schmerzhafteste Wunde der industriellen Revolution: die Kinderarbeit.

„Oder ist es wohl zu viel gesagt, dass für jene unglücklichen, hilflosen Geschöpfe das Leben ein Fluch, ja eine Hölle ist, wenn man bedenkt, dass sie nie die unschuldigen Freuden der Kindheit geteilt, nie einen Vater oder eine Mutter anders, als dem Namen und der Furcht nach gekannt, da auch diese letztern ihr elendes Leben nur in den Fabriken und abwechselnd in den Stät-

ten der thierischsten Ausschweifung zugebracht; – dass ihrer zartesten Jugend im glücklichen Falle anstatt der mütterlichen Liebe und Pflege die Aufnahme in einem Asylsaale zu Theil geworden, und dass sie diesen letztern kaum fünf oder sechs Jahre alt mit den verpesteten Räumen einer Fabrik vertauschen mussten, um inmitten einer tief entsittlichten, aus Personen jedes Geschlechtes und Alters bestehenden Genossenschaft zwölf, 15, ja nicht selten 18 Stunden lang (!) in einem mit Fett- und Wasserqualm und den noch entsetzlichen Ausdünstungen der Mitarbeiter erfüllten, erstickend heißen Räume

Wolle oder Baumwolle zu bearbeiten, oder in einem Websaale die zerrissenen Fäden anzuknüpfen, – und endlich am späten Abend nach einem hastig verschlungenen, elenden Mahle erschöpft und betäubt auf ein unreines, hartes Lager niederzusinken, von dem sie schon mit dem grauen Morgen nach kaum wiederhergestellten Kräften zur nämlichen Arbeit wieder aufgeschreckt werden.

Kann ein solch bejammerungswerthes Geschöpf anders, als seinem Daseyn und seinem Schöpfer fluchen, da es in jenen Brutnestern aller Korruption ohnehin nur fluchen, aber nicht beten gelernt

hat...“ (Die Agrarfrage aus dem Gesichtspunkte der Nationalökonomie, der Politik und des Rechts [1847]).

Nachtseite der Revolution

Die Soziale Frage gehört mit den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und auch religiösen Problemen zur Nachtseite der industriellen Revolution. Mit diesem Begriff bezeichnet man die gravierenden sozialen, wirtschaftlichen und technischen Umbrüche seit dem frühen 19. Jahrhundert. Drei Hauptübel kennzeichnen die Frühindustrialisierung:

1. Die Arbeitsbedingungen: extrem hohe Arbeitszeiten, oft

4 Neue Frage

Sonntagsarbeit, Kinder- und Frauenarbeit, unhygienische und gefahrvolle Betriebsabläufe.

2. Die Lohnfrage: der Lohn nach Angebot und Nachfrage, Koalitionsverbot, die „Niedriglohngruppen“ Frauen und Kinder.

3. Die mangelhafte soziale Sicherung der Arbeiterschaft bei Krankheit, Invalidität, Alter, Schwangerschaft und Arbeitslosigkeit.

Diese bedrückenden Zustände hatten viele Ursachen, und nur allmählich konnten die Anwälte der „Proletaires“ - wie die neue Klasse genannt wurde - Erleichterungen und Teilhabe am wirtschaftlichen Zuwachs und politische Emanzipation durchsetzen. Denn die traditionell ständisch und agrarisch geprägte Gesellschaft wurde von der kapitalistisch-industriellen Gesellschaft eines modernen, nationalstaatlichen Europas abgelöst. Die Wechselwirkung verschiedener Faktoren erzeugten nebeneinander Not und Freiheit, Elend und Aufschwung, Entwurzelung und Emanzipation, Depression und Hoffnung.

Befreit und auf sich gestellt

Zwischen 1750 und 1850 war die Bevölkerung Europas von etwa 150 auf 265 Millionen (Mio.) Menschen gewachsen; in den deutschen Ländern lebten 1816 etwa 24,8 Mio., 1865 bereits 39,5 Mio. Menschen (+ 59,3 Prozent). Weder Landwirtschaft noch Handwerk konnten im Rahmen der alten Agrarverfassung und Zünfte eine ausreichende Lebensgrundlage bieten. Die Deklassierten der alten ständischen Ordnung hatten schon im 18. Jahrhundert eine stetig wachsende Unterschicht gebildet. Landstreicher, entlassene Söldner, verarmte Kleinbauern sowie Handwerker, fahrendes Volk, Prostituierte und verjagte Schulmeister waren auf Almosen der Kirchen und Kommunen angewiesen. Diese Art Caritas war jahrhundertlang üblich, konnte aber die aufkommenden Massen nicht mehr bewältigen.

Es entstanden kommunale Arbeits- und Armenhäuser, die mit den neuen privaten Manufakturen zusammenarbeiteten,

in denen die arbeitsfähigen Bettler zwangsverpflichtet wurden. Neben dem Zweck, die Entwurzelten zu „nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft“ zu erziehen, stand die Absicht, den ungeliebten (vor-)industriellen Werkstätten die notwendigen Arbeitskräfte zuzuführen. Die Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte und die Arbeitsbedingungen dieser Häuser schreckte jeden anderen ab.

Im Übrigen liegt hier eine Wurzel der industriellen Kinderarbeit: Vielfach wurden Manufakturen auch in Waisenhäusern betrieben. Diese Anfänge prägten für Jahrzehnte die Haltung zu den Besitzlosen. Sie waren Objekte strenger Erziehung, Fürsorge und Bevormundung.

Neben der Bevölkerungsexplosion sind wirtschaftliche Reformen ursächlich für die Auflösung der feudalen Ordnung. Die Bauernbefreiung in den deutschen Ländern zwischen 1765 und 1850 (1807 in Preußen) brachte nicht nur die Abschaffung von persönlichen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten wie Bindung an die Scholle, Erbuntertänigkeit,

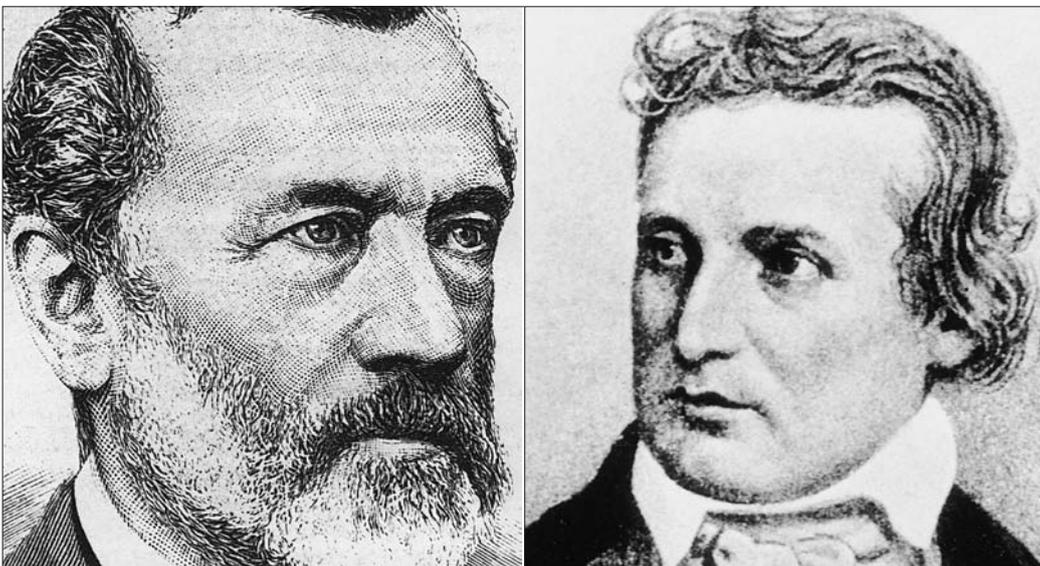
Eheerlaubnis durch den Gutsherrn usw., sondern schaffte zugleich die Fürsorgepflicht Letzterer ab.

Für die Befreiung von Dienst- und Abgabepflichten war den ehemaligen Herren sogar eine Entschädigung zu zahlen, was viele Bauern in den Ruin trieb. Ähnlich zweischneidig wirkte sich die Aufhebung des Zunftwesens durch die Gewerbefreiheit aus. Wurden bis dahin von den einzelnen Zünften die Anzahl der Betriebe, Gesellen und Lehrlinge sowie Produktionsmethoden, Rohstoffbezug und Absatzmärkte statisch geregelt, so dynamisierte die neue Berufs- und Niederlassungsfreiheit das Handwerk und die technischen Entwicklungen. Damit erwuchs den alten Handwerkern eine nie gekannte Konkurrenz von „zunftfremden“ Handwerkern, ebenso von Manufakturen und Fabriken. Mit der Zunftordnung verschwanden auch die Unterstützungskassen der Zünfte ersatzlos. Was die Wirtschaftsordnung anbelangt, bezog der Staat den liberalen Standpunkt: „Jeder ist seines Glückes Schmied“.

Freieste Konkurrenz

In einer Instruktion für die Preußischen Provinzialregierungen vom 26. Dezember 1808 heißt es: „Es ist dem Staate und seinen einzelnen Gliedern immer am zuträglichsten, die Gewerbe jedesmal ihrem natürlichen Gang zu überlassen, d. h.:

Peter Reichensperger (links), Franz Joseph Buß (rechts), katholische Beobachter der Sozialen Frage. Abb.: Archiv





Die Technik verändert die Jahrhunderte alte Form der Landwirtschaft. So gibt es dampfbetriebene Dreschmaschinen. Die Abgase und den Staub in der Luft stellt dieser Stich aus dem 19. Jahrhundert nicht dar.
Abb.: Archiv

keine derselben vorzugsweise durch besondere Unterstützung zu begünstigen und zu heben, aber auch keine in ihrem Entstehen, ihrem Betriebe und Ausbreiten zu beschränken. ... Man gestatte daher einem jeden, solange er die vorbemerkte Grenzlinie hierin nicht verletzt, sein eigenes Interesse auf seinem eigenen Wege zu verfolgen und sowohl seinen Fleiß als sein Kapital in die freieste Konkurrenz mit dem Fleiße und Kapitale seiner Mitbürger zu bringen. Es ist falsch, das Gewerbe an einem Ort auf eine bestimmte Anzahl von Subjekten einschränken zu wollen; niemand wird dasselbe unternehmen, wenn er dabei nicht einen Vorteil zu finden glaubt; und findet er diesen, so ist es ein Beweis, dass das Publikum seiner noch bedarf; findet er ihn nicht, so wird er das Gewerbe von selbst aufgeben.“ (nach H. Lampert: Sozialpolitik [1980], S. 60 f.)

Mit dem deutschen Zollverein (1834) entstand aus den politisch zersplitterten 39 Staaten Deutschlands eine Wirtschaftseinheit. Die letzten inneren Zollgrenzen fielen, während man nach außen gemeinsame Schutzzölle forderte, um vor allem die englische Konkurrenz billiger Tuche von der eigenen Textilindustrie fernzuhalten.

Nun konnten sich nahezu ungehemmt unternehmerische Initiativen und technische Entwicklungen ausbreiten. Neue Produktionstechniken wie Spinnmaschinen, mechanische Webstühle, Verfahren zur Eisengewinnung sowie der Ausbau der Transportwege durch Dampfschiffahrt und Eisenbahn beschleunigten den Umbau des sozialen Gefüges.

Die Industriezentren zogen Scharen von Bauern und Handwerkern aus den verarmten Regionen an, die Großstädte expandierten, ohne zureichenden Wohnraum zur

Verfügung zu stellen; das familiär-soziale Netz war zertrennt, die religiöse Bindung ging für viele verloren. Zu den ohnehin verarmten Unterschichten gesellte sich die Massenarmut der Arbeiterschaft. Die Neuartigkeit dieses Pauperismus wurde lange nicht erkannt.

Buß – seiner Zeit voraus

An England, dem „Mutterland“ der Industrialisierung, studierte nicht nur Karl Marx die Vor- und Nachteile des neuen Wirtschaftssystems, sondern auch Franz Joseph Buß (1803-1878). Sohn einer eher ärmlichen, katholischen Schneiderfamilie aus dem Schwarzwald, der aufgrund seiner Begabung studieren konnte, befasste er sich als Professor für Staatswissenschaft mit der Situation seiner Zeit.

Als jüngster Abgeordneter des Badischen Landtags suchte er mit seinen Analysen und Vorschlägen die soziale Ordnung zu beeinflussen. Während weite Teile beider Kirchen das Elend als Folge der Entchristlichung der Gesellschaft, insbesondere der Arbeiter selbst, auffassten und in althergebrachten Kategorien von Caritas und erzieheri-

schen Zwangsmaßnahmen das Heilmittel suchten, erkannte Buß die neue Qualität der Massenarmut.

Er verband liberal-aufklärerische Ideen seiner Studienzeit mit organischen Gedanken, um einen Ausgleich zwischen Landwirtschaft, Handwerk und Industrie herbeizuführen. Ziel war ein „geläutertes Innungswesen“.

Seine Jungfernrede, die „Fabrikrede“ von 1837, ist die erste sozialpolitische Ansprache in einem deutschen Parlament. Elf Jahre vor dem Kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels formulierte Buß einen sozialen Forderungskatalog, der noch 1904 von dem Sozialisten August Bebel als Grundstein parlamentarischer Arbeiterpolitik zitiert wurde. Zunächst hebt Buß die Vorteile der neuen „Gewerbsbetriebsamkeit“ hervor: Mehrung des allgemeinen Wohlstandes, Angebot hochwertiger und billiger Waren, wirtschaftlicher Aufschwung in unfruchtbaren Regionen und Zuwachs an Arbeitsplätzen. Dann widmet er sich den Nachteilen: Arbeitslosigkeit durch Einführung neuer Maschinen, fehlende berufliche Fortbildung; gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen; mangelnde Geistesbildung der Jugend, womit jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft obsolet ist; völliges Fehlen eines sittlich-religiösen Haltes, zerstörtes Familienleben, Trunksucht.

„So von allen Seiten zurückgedrängt, genießt der Fabrikarbeiter nicht einmal eine rechtliche und politische Sicherstellung. Das Fabrikwesen erzeugt eine Hörigkeit neuer Art. Der Fabrikarbeiter ist der Leibeigene eines Brotherrn, der ihn als nutzbringendes Werkzeug verbraucht und abgenützt gewirft. ... Der Fabrikarbeiter ist

6 Neue Frage

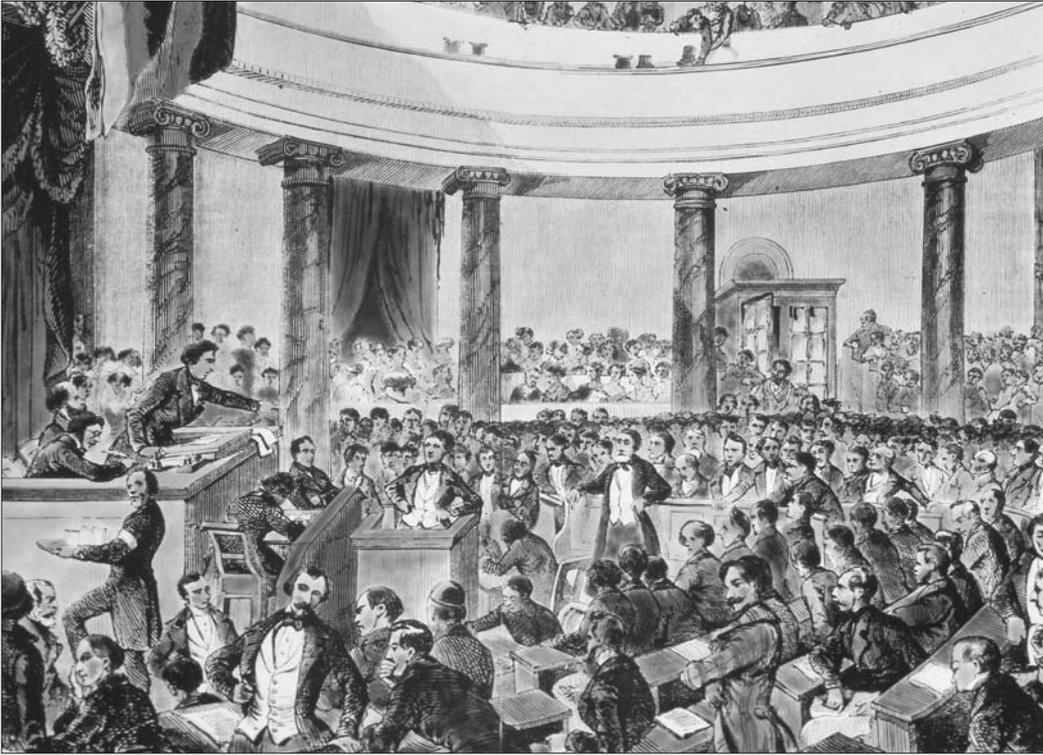
aber nicht bloß der Leibeigene eines Herrn, er ist der Leibeigene der Maschine, die Zubehörde einer Sache. So muss die gefeierte Gesittung unserer Tage gleichsam als Sühne für ihre Bändigung der Natur die Knechtschaft einer ganzen Menschenklasse erlegen.“ (Franz Joseph von Buß, hg. von F.J. Stegmann [1994], S. 39).

Buß nimmt den Staat in die Pflicht, das „drohende Übel zu verhüten“ oder wenigstens zu bändigen, und fordert eine „Fabrikpolizeyordnung“ mit Beschränkung der Arbeitszeit, zumal für Kinder, Fabrikinspektion, Verbot des Trucksystems, Regelung der Rechte des „Fabrikherren“, Einrichtung von Kranken- und Unfallversicherung sowie von Sparkassen, Volksschulpflicht, berufliche ebenso wie religiös-sittliche Bildung und schließlich Gründung von Arbeitervereinen. Die engagierte Rede findet im Landtag wohl Beifall, versendet aber in der zuständigen Kommission.

Doch hatte Buß mit seinem sozialpolitischen Ansatz als erster eine Antwort „auf die moderne Staats- und Wirtschaftsentwicklung“ formuliert und so die „katholische Sozialreform“ eingeleitet (R. Lange: Franz Joseph Ritter von Buß und die soziale Frage seiner Zeit [1955], S. 107).

Die preußische Regierung erließ 1839 mit dem „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken“ ein erstes Arbeiterschutzgesetz. Die Beschäftigung von Kindern unter neun Jahren wurde verboten, bis zu einem Alter von 16 Jahren durfte die Arbeitszeit zehn Stunden nicht überschreiten, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit wurden untersagt. Kontrolliert wurde praktisch nicht. Anlass des Regulativs war die Feststellung, dass die „Fabrikjugend“ wehruntauglich war.

Datum	Technik/Wirtschaft, Bewegungen/Parteien	Politik und Geistesleben
1705	Newcomen erfindet die Dampfmaschine	
1762-1775	James Watt verbessert die Dampfmaschine	
1765-1779	Entwicklung von Spinnmaschinen	
1786		Friedrich der Große †
1784	Mechanischer Webstuhl von Cartwright, Puddelverfahren bei Eisengewinnung von Corte	
1789		Französische Revolution
1792	Baumwollreinigungsmaschine v. Whitney (USA)	
1793		Hinrichtung des französischen Königs
1794		Preuß. Allgemeines Landrecht: ständische Gesellschaftsordnung bei absolutistischer Staatsform
1799		Staatsstreich Napoleon Bonapartes (1804 Kaiserkrönung)
1797-1809		Napoleon I. unterwirft weite Teile Europas (1812/13 Russlandfeldzug scheitert)
1800	Drehbank von Maudsley	Hinneigung eines Teils der deutschen Romantik zum Katholizismus (christliche Werte, organisch-ganzheitliches Denken gg. „Mechanismus“ von Aufklärung und bürgerl. wie industrieller Revolution)
1803		Reichsdeputationshauptschluss: mit der Folge der Säkularisation, d.h. Enteignung kirchlicher Güter (Auflösung der weltlichen Herrschaft der Fürstbistümer, Klöster etc.)
1804		Napoleons Code civil, Kant †
1805		Friedrich Schiller †
1807	erster regelmäßiger Dampfschiffverkehr in USA, eingerichtet von Fulton	
1807-1812		Stein-Hardenbergsche Reformen in Preußen: Baubefreiung (1807), städtische Selbstverwaltung, Gewerbefreiheit, Judenemanzipation
1808		Wien als Zentrum deutscher Romantik: Friedrich Schlegel, Adam Müller und Franz von Baader entwickeln Ansätze eines sozialen Katholizismus mit ständischen Ideen
1810		Gründung der Berliner Universität
1813-1815		europäische Verbündete (Russland, Preußen, Österreich, Großbritannien u.a.) besiegen das napoleonische Frankreich („Völkerschlacht“)
1814/15	Stephenson erfindet die Lokomotive	Wiener Kongress. Konservative Neuordnung Europas: Deutscher Bund
1817		Wartburgfest
1818	erstes Dampfschiff von New York nach Liverpool	
1819		Karlsbader Beschlüsse: Unterdrückung der politischen Opposition in Deutschland
		Gründung der konservativen Zeitschrift „Der Katholik“
1825	erste Eisenbahn in England	
	Dampfschiffe auf dem Rhein	
1826		von der Münchener Universität ausgehend entwickelt sich mit Joseph Görres, F.v. Baader und Ignaz von Döllinger neues, konfessionalistisches Selbstbewusstsein
1827		Beethoven †
1831		Hegel †
1832		Hambacher Fest, Goethe †
1833	J. H. Wichem gründet das „Rauhe Haus“ in Hamburg	
1834	Deutscher Zollverein	
	Elektromotor durch Jacobi	
1835	erste Eisenbahn in Deutschland Nürnberg-Fürth (Streckennetz in km: 1840: 549, 1860: 11 633, 1880: 33 711, 1900: 51 678)	
1836	Bund der Gerechten (Vorläufer des Bundes der Kommunisten), gegründet von Weitling	
1837/38	Schreibtelegraph von S. Morse	
	Fotografie von L. Daguerre	
1839		Fabrikrede von F. J. Buß, Kölner Kirchenstreit, Verhaftung des Erzbischofs; Protest des Papstes und Streitschrift Görres (Athanasius) für Kirchenfreiheit
		Beschränkung der Kinderarbeit in Preußen, erste Gesetze zur Armenhilfe in Preußen
		Ranke: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation



Die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche.

Abb.: bpk

2. „Ein großer Umschwung hat stattgefunden“

Die soziale Bewegung und das politische Bewusstsein der Katholiken

Die Weberunruhen des Jahres 1844 in Schlesien wurden zum Sinnbild des Aufstandes aus Verzweiflung, des politischen Erwachens des Proletariats, aber auch – nach dem blutigen Militäreinsatz – zum Symbol obrigkeitlicher Parteinahme für die Besitzenden. Während der Hungersnöte in den 1840er und 1850er Jahren strömte die verelendete Landbevölkerung in die schlesische Schwerindustrie sowie ins Ruhr- und Saargebiet; andere wanderten ganz aus, vor allem nach den USA. Die Industrialisierung Deutschlands, die erst ab den 1850er Jahren in Schwung kam, überflügelte noch vor der Jahrhundertwende

die europäischen Nachbarn, einschließlich England. Die Gesamtproduktion wurde gesteigert, doch öffnete sich unerbittlich die Schere zwischen Arm und Reich. Abhängigkeit vom Fabrikanten, unhygienische Wohn- und Arbeitsstätten sowie familiäre und religiöse Bindungslosigkeit der Arbeiter waren alltäglich.

„Wollen wir also die Zeit erkennen, so müssen wir die soziale Frage zu ergründen suchen. Wer sie begreift, der erkennt die Gegenwart; wer sie nicht begreift, dem ist Gegenwart und Zukunft ein Rätsel.“ Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811–1877) widmete den

größten Teil seines Lebens einer gerechten sozialen Ordnung. Die Freiheit der Kirche und der Gläubigen sowie die Nöte der Unterprivilegierten waren die Themen seiner Predigten, seiner Reden vor katholischen Vereinen und seiner Forderungen in den verschiedenen Parlamenten, in die er gewählt wurde. Der spätere Mainzer Bischof stammte aus einer adeligen Münsterner Familie. Zunächst hatte er Jura studiert und war preussischer Staatsdiener geworden. Der Kölner Kirchenstreit (1837) um die Konfession der Kinder aus Mischehen, in deren Verlauf der unnachgiebige Kölner Erzbischof von der

preussischen Regierung in Kerkerhaft verbracht wurde, veranlasste Ketteler, den Dienst aus Gewissensgründen zu quittieren. Einige Jahre später studierte er Theologie in Eichstätt und München und wurde 1844 in Münster ordiniert. Zu Beginn seiner seelsorglichen Arbeit bewegte er sich ganz in der karitativen Tradition der Kirche. Die Quelle der sozialen Übel sah er in der Gesinnung: in Habgier, Genusssucht und Selbstsucht bei den Reichen, die sich ihrer christlichen Pflichten entzogen, wie bei den Armen, die ihren Hass auf die Reichen nährten. Vom Staat, der dem Wirtschaftsliberalis-

mus Tür und Tor geöffnet hatte, erwartete er keine Lösung. „Hier wird eine neue Kraft erfordert zur Heilung der Gesinnung, die Kraft des Lebens und der Liebe.“ Wie Franz Joseph Buß hoffte Ketteler auf eine Reform der alten Stände.

„Thätige Liebe heilt alle Wunden“

Die althergebrachte Armenpflege wurde von Orden, verstärkt auch von neuen kirchlichen Laienvereinen wie den Elisabeth-Konferenzen (ab 1840) und den Vinzenz-Konferenzen (ab 1845) betrieben, konnte die Missstände aber nicht an der Wurzel packen. Einen anderen Weg beschritt hingegen Adolph Kolping (1813–1865), Sohn eines Schäfers aus Kerpen bei Köln, der sich als Schuhmachergeselle entschloss, Priester zu werden. Als 24-Jähriger wurde er ins Kölner Marzellengymnasium aufgenommen; nach dem Abitur 1841 ging er zunächst an die Universität München, wo er unter anderem Joseph Görres begegnete. Am 13. April 1845 empfing Kolping in der Kölner Minoritenkirche die Priesterweihe.

Als Kaplan in der Diasporagemeinde Wuppertal-Elberfeld

trifft er auf ein reges Vereinsleben. Aus einem losen Freundschafsbund von Gesellen, der beim Schreinermeister Thiel zusammenkommt, formt der Lehrer Breuer einen festen Verein mit einem durchdachten Bildungsprogramm. Nach einem halben Jahr wird Kolping zum Präses gewählt. Seine Gedanken zur gesellschaftlichen Lage und seelischen Verfassung der Handwerker gesellen münden in ein Programm zur Förderung des sozialen Lebens.

„Es fehlt dem jungen Arbeiter ein Zufluchtsort außer der Herberge und dem Wirtshause, wo er recht eigentlich eine Weile rasten und Nahrung für seinen Geist erhalten könnte, die auf ihn berechnet, die ihm zusagen müsste. Es fehlt ihm ferner die Gelegenheit, sich für seinen Beruf, für seine Zukunft gewissermaßen auszubilden, abgesehen von der technischen Fertigkeit, welche ihm die Werkstätte des Meisters mitgeben soll. Noch mehr fehlt ihm eine passende, Geist und Gemüt wahrhaft aufrichtende und stärkende Unterhaltung und Erheiterung, wie er sie weder zu Hause, noch im Wirtshause, noch an öffentlichen Vergnügensorten erhält. Auch muss die Religion wieder wachgeru-

fen und aufgefrischt werden in seinem Herzen, indem ihm wieder ein lebhafteres Interesse dafür eingeflößt wird“ (Adolph Kolping: Der Gesellen-Verein, 1848).

Als Domvikar in Köln und Redakteur verschiedener katholischer Zeitungen sowie des „Kalenders für das katholische Volk“ initiiert Kolping Gesellenvereine in den deutschen Ländern und darüber hinaus. Zwar obliegt die geistliche Führung einem Kleriker, doch sind es nicht Vereine nach kirchlichem, sondern nach bürgerlichem Recht. Ziel ist der „tüchtige Bürger“, die Integration der Gesellen in die bürgerliche Gesellschaft. „In kirchlicher Hinsicht fordern wir nichts Besonderes, wenn die Mitglieder freundlicher Einladung folgen, macht uns das doppelte Freude“ (Zeitschichte in Lebensbildern, Bd. 3, 1979, S. 43).

Die Mischung aus Zufluchtsort, Bildung und Unterhaltung trifft das Bedürfnis der Handwerker gesellen. 1858 gab es 191 Vereine (ca. 30 000 bis 35 000 Mitglieder), 1865 bereits 420 Vereine (über 60 000 Mitglieder). Zahlreiche Bürger und auch Adelige sind beeindruckt und unterstützen das Werk; Papst Pius IX. spricht dem „Gesellenvater“

1862 seine Anerkennung aus. In einem Referat vor der Fuldaer Bischofskonferenz 1869 empfiehlt Ketteler dieses Modell auch für die Arbeiterschaft: „Den größten Erfolg dürfte man sich wohl von dem Wirken eines Mannes versprechen, der sich zur Lebensaufgabe machte, für die Arbeiter das zu sein, was der selige Kolping für die Gesellen gewesen“ (J. Mumbauer: Kettelers Schriften III, S. 163).

Entchristlichung

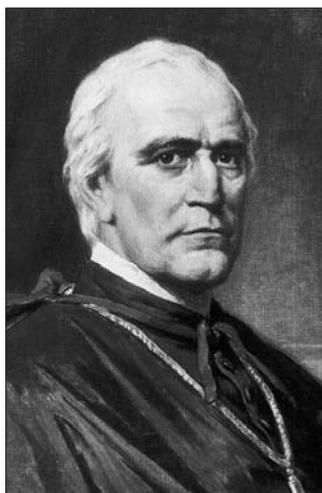
Wie die Kirche und die meisten Bürger seiner Zeit sah Kolping die Hauptursache für das Elend des neuen Standes zwar auch in der Entchristlichung der Arbeiter, er wies ihnen aber nicht die alleinige Schuld an ihrem Zustand zu. Vielmehr beklagte er die Heimatlosigkeit und den Verlust der ehemals erzieherischen Fürsorge des Meisters durch das entpersönlichte Fabrikleben.

Die Gesellen seien „tief im Boden des Herzens kerngesund“; es gelte jedoch, ihre Sprache zu sprechen, an ihren Erfahrungen anzuknüpfen und so die eigenen Kräfte der Betroffenen zu fördern.



Joseph Görres

Abb.: Archiv



Wilhelm Emmanuel von

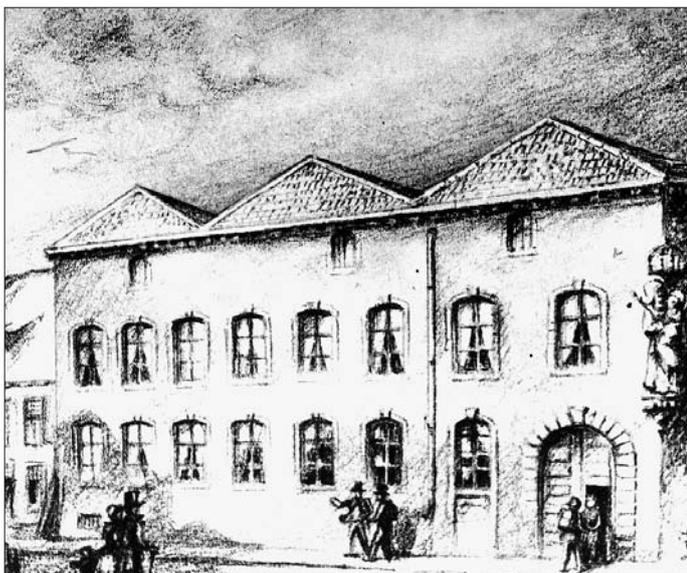
Ketteler

Abb.: Archiv

Präambel der Statuten des Piusvereins für religiöse Freiheit in Mainz 1848

„Ein großer Umschwung hat stattgefunden; eine allgemeine Neugestaltung der öffentlichen Verhältnisse ist eingeleitet; kostbare, wichtige Freiheiten sind proklamiert worden. Dieser entscheidende Zeitpunkt legt auch den Katholiken bezüglich ihrer Religion eine große Pflicht auf: nämlich die Pflicht, die Freiheit des Gewissens, die Freiheit der Rede und der Presse, die Freiheit der Association, welche für alle zugestanden ist, zu Gunsten ihrer Religion und ihrer Kirche mit allem Nachdruck und durch alle gesetzlichen Mittel geltend zu machen und zu wahren, wie sie dieselben kostbaren Rechte und Freiheiten auch zu Gunsten aller anderen Konfessionen in vollem Maße gewahrt wissen wollen.“

(aus: W. Mommsen: Deutsche Parteiprogramme, München 1960, S. 191 f.)



Das Kolpinghaus in der Breite Straße in Köln. Abb.: Archiv

Pilgernde Kirche

Zeitgleich mit der industriellen Entwicklung änderte sich auch die politische Welt tiefgreifend. Im Jahre 1844 fand ein weithin prägendes Ereignis statt: Die Wallfahrt zum Heiligen Rock nach Trier. Im preußisch regierten Rheinland – die Wogen des Kölner Kirchenstreits hatten sich etwas geglättet – stellte der Trierer Bischof Arnoldi die als unzertrenntes Gewand Christi verehrte Reliquie aus. Der preußische Staat erhob keine Einwände gegen die Wallfahrt. Mit der stetig wachsenden Schar der Pilger (über 500 000) bedachten jedoch die protestantische und liberale Presse sowie die deutschkatholische Bewegung mit ihrer „Los-von-Rom-Parole“ das Ereignis mit Unverständnis bis hin zu schärfster Polemik. Diese Frömmigkeitsform galt ihnen als rückständig und „unaufgeklärt“, doch weit gefährlicher schien die politische Stoßrichtung, in der man „jesuitische“ und „ultramontane“ Ablösungsversuche der Rheinprovinz zu erkennen glaubte.

Die Wallfahrt wurde zur „größten organisierten Massenbewegung des Vormärz“

(W. Schieder); und nicht zuletzt wegen der heftigen Angriffe wurde sie zur Initialzündung eines katholischen politischen Bewusstseins. Die wenigen zugelassenen katholischen Presseorgane verteidigten mal sachlich, mal heftig die katholische Tradition. Auch Joseph Görres (1776 – 1848), der streitbarste und bekannteste katholische Publizist des 19. Jahrhunderts, schrieb auf Anregung August Reichenspergers über die Ereignisse. Görres, Gründer des „Rheinischen Merkur“ (1814), war vor dem preußischen Staat ins Straßburger Exil geflohen (1819), von wo ihn der bayerische König Ludwig I. an die neue Universität München berief (1827). Mit überbordender sprachlicher Bildkraft preist er das Zusammenströmen der rheinischen Völker als „Symbol der unzereißbaren Einheit“. Einheit bedeutet ihm sowohl Überwindung der konfessionellen Trennung – im Sinne gegenseitiger Toleranz – als auch der deutschen Kleinstaaterie. Im Strom der Wallfahrer erblickt er eine neue Kraft: „An die Massen haben daher die Symbole ihr prophetisch Wort gerichtet; denn mehr, als

je zuvor, wird die Entscheidung der Zukunft bei den Massen seyn ...“ (H. Raab: Joseph Görres, 1978, S. 212).

Mit Gründung der Piusvereine für religiöse Freiheit (März 1848 in Mainz; bis Oktober 17 Zentralvereine mit 1200 Ortsvereinen) gewann die katholische Bevölkerung eine erste bürgerlich-rechtliche Struktur für politische Zwecke. Ziel war es, im protestantisch-preußischen Staat eine einheitliche politische Stimme zu haben. Zum einen wollte man für die korporative Freiheit der Kirche kämpfen, zum anderen für bürgerliche Freiheitsrechte (siehe Kasten S. 8). 1848 fand die erste Generalversammlung der katholischen Vereine in Mainz statt, der erste deutsche Katholikentag. Dessen Präsident ist Franz Joseph Buß, Hauptredner ist Wilhelm Emmanuel von Ketteler, zu der Zeit Pfarrer von Hopsten/Westfalen und Mitglied der Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche. In diesen beiden Protagonisten wird die politische und die soziale Dimension der katholischen Bewegung augenscheinlich.

Sozialpolitisches

Ketteler bestand darauf, ohne Berührungängste alle Vorschläge, die zur Lösung der sozialen Frage beitragen könnten, zu sammeln. Er stimmte Marx und Lassalle in deren



Kapitalismuskritik zu und beklagte die Missachtung der Würde der Arbeiter durch die hemmungslose „Geldmacht“. Dem revolutionären Kommunismus und der antikirchlichen Sozialdemokratie warf er allerdings vor, nicht den Ausgleich der Interessen zu suchen, sondern Hass und Klassenkampf zu predigen. Bereits in seinen berühmten Adventspredigten von 1848 hatte er das Recht eines Jeden auf privates Eigentum vertreten, wobei er – gemäß der Lehre des Thomas von Aquin – die Sozialbindung betont hatte. Mit der Gewerbefreiheit hatte der Staat eine Rahmenordnung für die mittlerweile florierende Wirtschaft gesetzt. In den 1860er Jahren gelangte Ketteler zu der Einsicht, dass es grundsätzlich Aufgabe des Staates sei, durch entsprechende Gesetze das Wohl des ganzen Volkes, auch das der Arbeiter, zu ordnen. Damit gab er die Idee einer Ständereform auf, akzeptierte das kapitalistische Wirtschaftssystem und forderte „es zu mildern, für alle einzelnen schlimmen Folgen desselben die entsprechenden Heilmittel zu suchen und auch die Arbeiter an dem, was an dem System gut ist, an dessen Segnungen Anteil nehmen zu lassen“. An erster Stelle stand zwar nach wie vor die Pflicht der Kirche, karitativ und erzieherisch zu wirken, doch stellte Ketteler nun sozialpolitische Forderungen an den Staat.

In einer Ansprache an 10 000 Arbeiter auf der Lieb-

Adolph Kolping sah die Hauptursache für das Elend des neuen Standes in der Entchristlichung der Arbeiter. Weiter beklagte er die Heimatlosigkeit und den Verlust der erzieherischen Fürsorge des Meisters durch das entpersönlichte Fabrikleben. Abb.: Archiv

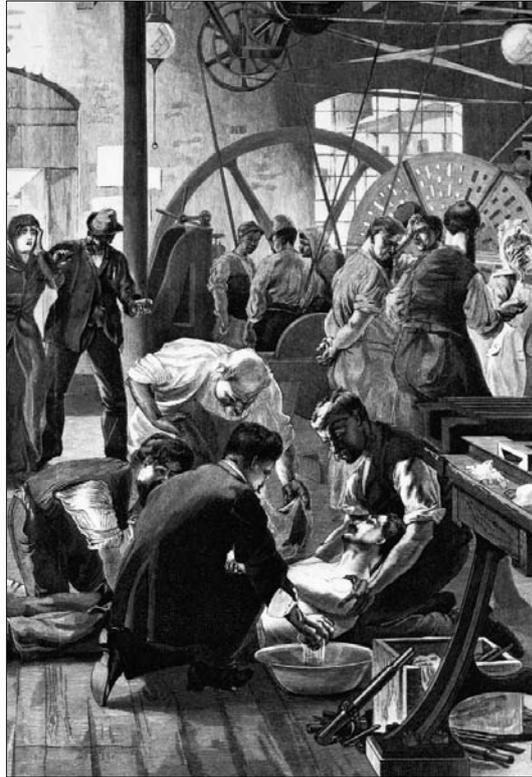
10 Umschwung

frauen-Heide bei Offenbach (1869) proklamiert er das Recht der Arbeiter, sich zur Vertretung ihrer berechtigten Interessen zusammenzuschließen, als „wahre Naturnotwendigkeit“. Er formuliert die „Magna Charta der christlichen Arbeiterbewegung“: 1. gerechter Arbeitslohn (einschließlich Streikrecht), 2. Verkürzung der Arbeitszeit, 3. Ruhetage: Sonn- und Feiertage, 4. Verbot der Kinderarbeit (bis zum Ende der Schulpflicht), 5. Verbot der Beschäftigung von Müttern und jungen Mädchen in Fabriken.

Gleiches Bürgerrecht

Ketteler gehörte mit Buß, den Brüdern August und Peter Reichensperger unter anderem zu den Vorreitern des sozialen und politischen Katholizismus. Ein Großteil der Katholiken, Klerus wie Bürger, hing noch lange den alten Vorstellungen von fürsorglicher Bevormundung des „vierten Standes“ nach. Größere Einigkeit über die Schichten und Stände hinweg fand man im Kampf für die Kirchenfreiheit. Die Artikel für die religiöse Freiheit, die in der Paulskirchenversammlung (1848/49) schließlich verabschiedet wurden, kamen nicht zuletzt auf Druck von Petitionen der Piusvereine zustande. Zwar trat diese Verfassung nie in Kraft, doch gingen die Bestimmungen in die oktroyierte (aufgezwungene) Preußische Verfassung (1848/50) ein. Tatsächlich wurden sie jedoch unterlaufen, die protestantische Kirche der Hohenzollern wurde als Staatskirche weiterhin privilegiert. Ketteler gab sein Reichstagsmandat von 1871 auf, als er feststellen musste, dass sein Ziel Freiheit für die Kirche nicht durchsetzbar war. Jahrzehntelange Streitigkeiten über Ehe- und Erziehungsrecht sowie Schulfreiheit mündeten schließlich in den Kulturkampf.

Datum	Technik/Wirtschaft, Bewegungen/Parteien	Politik und Geistesleben
1840-1842	Elisabeth-Konferenz in Trier Kunstdünge von J. v. Liebig	Dombauefest in Köln (Dom vollendet 1880)
1844/1845	Weberunruhen in Schlesien	Heinrich Heine: „Deutschland. Ein Wintermärchen“ (von der Zensur verboten)
	Trierer Heilig-Rock-Wallfahrt: erste kath. Massenbewegung	Görres: „Die Wallfahrt nach Trier“ (1845)
1846/1847	Vinzenz-Konferenz in München, Borromäusverein in Bonn zur Verbreitung guter Bücher erster Katholischer Gesellenverein in Wuppertal-Elberfeld; Adolph Kolping wird 1847 Gesellenpräses	Koalitionsverbot
	Äthernarkose, Bekämpfung des Kinderbettfiebers (I. Semmelweiss)	Öffnung der handwerklichen Versicherungen für Arbeiter in preußische Gewerbeordnung
1848	Gründung der Piusvereine für religiöse Freiheit (März) erste Generalversammlung zugleich erster Deutscher Katholikentag (3.-6. Okt. in Mainz); Zusammenschluss aller katholischen Vereine erste Deutsche Bischofskonferenz in Würzburg	Februar: Revolution in Paris; März: Aufstände in deutschen Staaten Deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, Grundrechte (27. Dez.) Görres †, ihm zu Ehren Glasfenster im Kölner Dom Kommunistisches Manifest von Karl Marx Friedrich Engels
	erster Evangelischer Kirchentag in Wittenberg; J. H. Wichern gründet „Innere Mission“	Paulskirchen-Abgeordnete bilden „Katholischen Klub“
1849	aus dem Piusverein Regensburg heraus wird der erste Katholische Arbeiterverein (St. Joseph) gegründet Bonifatiusverein für Diaspora	Auflösung des Paulskirchen-Parlaments
1850	Adolph Kolping gründet den „Rheinischen Gesellenbund“ Entwicklung von Chemiegütern, Bunsen-Brenner, Konverter zur Stahlerzeugung	oktroyierte Preuß. Verfassung (1848) wird revidiert (gültig bis 1918) Wilhelm von Ketteler: Bischof von Mainz
1850-1853	Gründung der ersten Industriebanken (unter anderem Disconto-Gesellschaft) Katholische Fraktion in Preuß. Abgeordnetenhaus	Blütezeit der frühen Heimatliteratur (Idealisierung des „natürlichen Landlebens“ gegenüber dem „verbildeten Städterleben“); illustrierte Familienzeitschrift „Die Gartenlaube“ (anspruchlose „trauliche“ Literatur)
1854		Gewerbeaufsichtsgesetz in Preußen Auflösung aller Arbeitervereine (Koalitionsverbot) Dogma von der Unbefleckten Empfängnis Mariens (Pius IX.) Brüder Jacob und Wilhelm Grimm: „Deutsches Wörterbuch“ Bd. 1 (letzter Band 1961)
1861/62	Telefon von J.Ph. Reis; Dampfpflug liberale Fortschrittspartei in Preußen	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch Verfassungsstreit in Preußen (Heereskonflikt); Bismarck wird preußischer Ministerpräsident
1863	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, gegründet von F. Lassalle	
1864	Siemens-Martin-Verfahren in der Stahlerzeugung	Enzyklika <i>Quanta cura</i> und <i>Syllabus</i> : Verurteilung „liberaler Irrtümer“, Pius IX. Genfer Konvention (Rotes Kreuz)
1865	Fraktion katholischer Abgeordneter in Baden	USA: Aufhebung der Sklaverei
1866/1867	Nationalliberale Partei Stahlbeton (J. Monier); Erfindung des Dynamit (A. Nobel)	preußisch-österreichischer Krieg; Gründung des Norddt. Bundes (Kleindeutsche Lösung) Karl Marx: „Das Kapital“
1868	erster dt. Gewerkschaftskongress Zentralkomitee der Dt. Katholiken in Paderborn	
1869/70	Fraktion katholischer Abgeordneter in Bayern Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Eisenach (Bebel u. Liebknecht) Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine	Gewerbeordnung des Norddt. Bundes I. Vatikanum (Pius IX.): Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubens- und Sittenfragen; Zentralisation der katholischen Kirche deutsch-französischer Krieg (1870/71)
	Deutsche Zentrumsparlei; <i>Soester Programm</i> : Kirchenfreiheit und Arbeiterschutz	Einigung Italiens: Verlust des Kirchenstaats, Papst bezeichnet sich als „Gefangener des Vatikan“
1871	Zentrumsfraktion im Reichstag, führend: Ludwig Windthorst, Hermann von Mallinckrodt, August und Peter Reichensperger	Gründung des Dt. Kaiserreiches Beginn des Kulturkampfes in Preußen gegen die kath. Kirche (bis 1887)



Der Preußenkönig Wilhelm I. (links) wird 1871 deutscher Kaiser. Sein Kanzler (r.) ist bis 1890 Otto von Bismarck. Neben dem Glanz das Elend, hier die Folgen eines Arbeitsunfalles 1889. Abbildungen: bpk

3. Katholiken im Kaiserreich

Kirchenkampf und Sozialistengesetz blockieren den sozialen Frieden

Im Spiegelsaal des Versailler Schlosses wurde am 18. Januar 1871 der preußische König, Wilhelm I., zum Kaiser des Deutschen Reichs proklamiert. Der Deutsch-Französische Krieg um die preußische Machtstellung in Europa mündete in der nationalen Einheit. Otto von Bismarck, der preußische Ministerpräsident, hatte daran größten Anteil. Als nunmehriger Reichskanzler war er in ständiger Sorge, diese Einheit gegen äußere und innere Feinde zu sichern. Der Sohn eines altmärkischen Landedelmannes hatte als junger Mann zum pietistisch geprägten Christentum gefunden. Der Kern seines Staats- und Glaubensverständnisses hat er in einer Rede aus dem Kriegsjahr

1870/71 formuliert: „Wenn ich nicht mehr Christ wäre, diene ich dem König keine Stunde mehr... Denn warum, wenn es nicht göttliches Gebot ist – warum soll ich mich dann diesem Hohenzollern unterordnen?“

So hielt er treu zum preußischen Monarchen von Gottes Gnaden, der zugleich oberster Bischof der evangelischen Kirche war, und beargwöhnte die Bewegungen, die sich anschickten, dem König und Kaiser und dem Vaterland den geschuldeten Gehorsam zu verweigern.

Kulturkampf

Zusammen mit den Preußen waren im August 1870 auch die süddeutschen Länder in

den Deutsch-Französischen Krieg gezogen. Die katholischen Bürger fühlten national, doch ebenso selbstverständlich stand man zur römischen Kirche. Wiewohl Preußen den Papst als Souverän achtete, misstraute es den Katholiken im Lande. In den Augen der Nationalliberalen, mit denen Bismarck verbunden war, gehorchten sie einem fremden Monarchen „jenseits der Berge“; sie waren „Ultramontane“. Diese weitverbreitete Ansicht erhielt durch das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes, das von Pius IX. auf dem Vatikanischen Konzil 1870 verkündet worden war, neue Nahrung.

In der Tat erwuchs Bismarck mit der Gründung der Zentrumspartei im Reichstag

(1871) ein hartnäckiger Gegner. Ludwig Windthorst (1812–1891), seiner Familientradition entsprechend Jurist, entwickelte sich zum unumstrittenen Führer von Fraktion und Partei. 1849 war er als Abgeordneter der Hannoverschen Ständeversammlung zur Politik gestoßen. Zwei Jahre später wurde er von dem welfischen König Georg V. zum Justizminister berufen – der erste Katholik, der in Hannover ein Ministeramt bekleidete. Zeitlebens widmete er seine politische Arbeit der Freiheit der Kirchen vor staatlicher Bevormundung und der Gleichberechtigung der Konfessionen (Parität). Als Politiker und Rechtsanwalt verteidigte er die „katholische Sache“ – aber ebenso auch die



Links: Ludwig Windthorst, einer der führenden Männer der Zentrumspartei und ihrer Fraktion im Reichstag und katholischer Gegenspieler Bismarcks im Kulturkampf.

Abb.: Archiv

Rechts: Franz Brandts baute auf Partnerschaft mit Arbeitern. Abb.: Stadt Mönchengladbach



Interessen anderer Minderheiten wie der polnischen und elsässischen Bevölkerung oder die religiösen Belange von lutherischen und jüdischen Bürgern. Das Zentrum, als „Verfassungspartei“ konstituiert, verstand sich – zumindest mehrheitlich – nicht als kirchliche Partei; zwar sammelten sich dort fast nur Katholiken, doch stand es anderen Konfessionen offen.

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Katholizismus wurde von den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei in aller Schärfe vorangetrieben. Der Berliner Arzt Rudolf Virchow prägte für den Streit um die Verweltlichung des Staates und seiner Emanzipation von Religion und Kirche den Begriff „Kulturkampf“.

„Kanzelparagraph“

Ähnliche Konflikte gab es auch in katholischen Ländern wie Österreich und Bayern. Das Unfehlbarkeitsdogma war von Pius IX. trotz erheblicher innerkirchlicher Widerstände durchgesetzt worden – ein Teil der Bischöfe, darunter Ketteler, hatte Rom vorzeitig verlassen, um nicht ihrem Gewissen entsprechend gegenstimmen zu müssen, unterwarf sich aber später. Ein kleiner Teil spaltete sich ab – die Kirche der „Altkatholiken“. Diese Situation nahm der Staat zum Anlass, mit staatlichen Gesetzen die innerkirchliche Ordnung zu regulieren.

In Preußen gerieten die katholische Bevölkerung und der Klerus unter besonders heftigen Druck: Kanzelpara-

graph (Verbot für Geistliche, sich über staatliche Angelegenheiten „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“ zu äußern), Schulaufsicht, Verbot der Jesuiten und anderer Orden standen am Anfang. Die so genannten Maigesetze stellten die Ausbildung und Anstellung der Geistlichen unter staatliche Aufsicht. Die kirchliche Disziplinargewalt wurde auf einen königlichen Gerichtshof übertragen; katholische Vereine, Kundgebungen und Zeitungen wurden polizeilich kontrolliert. Windthorst prophezeite im Parlament den Widerstand der Gläubigen: „An diesem passiven Widerstande wird früher oder später alles das zerschellen, was in diesen Gesetzen beabsichtigt wird. Gebe Gott, dass das Vaterland dabei keinen Schaden erleide“ (M. L. Anderson: Windthorst, 1988, S. 175).

Klerus wie Gläubige ignorierten die Gesetze, was zur Folge hatte, dass Priester, die ohne Zustimmung des Staates seelsorglich tätig wurden, verhaftet oder vertrieben wurden. Der Entzug der staatsbürgerlichen Rechte und die Vermögenskonfiszierung waren der Gipfel der Verfolgung. 1876 befanden sich die meisten preußischen Bischöfe im Gefängnis oder Exil, 1880 war fast ein Viertel aller Pfarrstellen unbesetzt. Doch ließ sich die Kirche nicht „aushungern“, Bismarck hatte nicht mit dem Widerstand der „Massen“ gerechnet. Hatte das Zentrum 1871 mit 63 Sitzen nur halb so viele Mandate wie die Nationalliberalen, so

errang es in zehn Jahren 100 Mandate. Das Zentrum wurde stärkste Fraktion, ein Platz, den es bis 1912 verteidigen konnte.

Soziale Verantwortung in der Praxis

Der Kulturkampf band die Kräfte des Zentrums. Für sozialpolitische Initiativen blieb nur wenig Raum, zumal in dem von wirtschaftsliberalen Parteien dominierten Reichstag. Andererseits bot die Soziale Frage ein Politikfeld, auf dem man beweisen konnte, dass man nicht nur „Kirchenpartei“ war. Dies wiederum führte zu innerparteilichen Kontroversen, waren im Zentrum doch Abgeordnete verschiedener Schichten und Anschauungen vertreten.

Dennoch gelang es, mit dem „Antrag Galen“ vom März 1877 einen Meilenstein zukunftsweisender Sozialpolitik einzubringen. Gefordert wurden: Schutz der Sonntagsruhe, Schutz des Handwerkerstandes, Schutz der Fabrikarbeiter, insbesondere Vorgaben für die Fabrikordnungen, Verbot der Arbeit von Jugendlichen unter 14 Jahren, Beschränkung der Frauenarbeit, Einführung gewerblicher Schiedsgerichte unter Mitwirkung freigewählter Arbeitervertreter.

Die Reichstagsmehrheit brachte den Antrag zu Fall, zum einen, weil er ständisch-organische Ordnungsideen enthielt, die mit der modernen Gesellschaft unvereinbar waren, zum anderen, weil man die Sozialfürsorge weiterhin dem freien Spiel der Kräfte

überlassen wollte. Manche Unternehmer zeigten sich allerdings so verantwortungsbewusst, „ihren“ Arbeitern den „gerechten Anteil“ am Arbeitsergebnis zukommen zu lassen – die Auffassungen über das, was gerecht sei, gingen allerdings weit auseinander.

Carl Ferdinand von Stumm-Halberg (1836–1901), führender Industrieller des Saarreviers und freikonservativer Reichstagsabgeordneter pries sein „System Stumm“ als Modell. Die „Allgemeine Arbeitsordnung für das Neunkircher Eisenwerk“ von 1890 zeigt den fürsorglichen, aber strengen Paternalismus des evangelischen Christen. Er setzte nicht nur militärische Disziplin bei der Arbeit durch, sondern griff mit großer Selbstverständlichkeit auch ins Privatleben ein: von der Heiraterlaubnis bis zum Lektüreverbot von Tageszeitungen reichte der Arm des „Herrn im Hause“. Dass politische Betätigung untersagt war, versteht sich von selbst. Für den Tribut des absoluten Gehorsams genossen die Arbeiter die innerbetriebliche Fürsorge wie Kranken- und Altersvorsorge, Wohnungsbau und betriebliches Schulwesen. Beteiligung der Arbeiter in Form von Selbstverwaltung war im Stummschen Betrieb undenkbar.

Ein völlig konträres Konzept praktizierte der katholische Textilverleger Franz Brandts (1834–1914) in seiner Mönchengladbacher Fabrik. Seine erste Sozialeinrichtung von 1871 war eine Betriebskrankenkasse, in die die Arbeiter einzahlen mussten und



„Bismarck und Leo XIII. spielen Schach“, zum Ende des Kulturkampfes.

Abb.: Archiv

Brandts einen Zuschuss von 50 Prozent gab. Die Verwaltung oblag neben ihm selbst und einem Obermeister vier frei gewählten Arbeitern. Aus diesem Kassenvorstand entwickelte sich binnen eines Jahres ein „Ältestenkollegium“, das sich um Arbeiterbelange kümmerte. 1880 gab es neben einer Sparkasse, einer „Speiseanstalt“, einer Badeeinrichtung und einem Instrumentalverein auch ein Hospiz, in dem die Arbeiterinnen während der Arbeitszeit in Hauswirtschaft unterrichtet wurden.

Im Mai 1880 wurde von katholischen Unternehmern der Verein „Arbeiterwohl“ gegründet. Brandts übernahm den ersten Vorsitz, der Sozialreferent des Zentrums, Georg von Hertling, den zweiten; Sitz des Vereins wurde München-Gladbach. Ziel war, „die zerstreuten Glieder der katholischen sozialen Tätigkeit“ zu sammeln und die „religiöse, sittliche und wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes“ zu fördern. Der frisch eingestellte Generalsekretär des Vereins, Kaplan Franz Hitz (1851–1921), überarbeitete die Brandtsche Fabrikordnung: Die vielfältigen Aufgaben wie Streit schlichten und Vergehen bestrafen, aber auch Beratung der Fabrikleitung übernahm nun ein sechsköpfiger Arbei-

tervorstand, in dem auch Frauen saßen. Später konnte auch die Lohnfrage im Ältestengremium behandelt werden. Die Fabrikordnung wurde in der Verbandszeitschrift publiziert; Brandts proklamierte ein partnerschaftliches Verhältnis: „Wir dürfen nicht die berechnete Selbstständigkeit der Arbeiter verkümmern lassen. Keine enge Bevormundung darf Platz greifen in den Dingen, die von den Arbeitern allein geführt werden können. Durch Zugabe der weitgehendsten Selbstverwaltung bei Krankenkassen, Unterstützungs- und Sparkassen, geselligen Verbindungen und was immer, wollen wir den Arbeitern zeigen, dass wir ihre Freiheit und Selbstständigkeit achten, während wir uns in dem Recht, unsern Einfluss zur Wahrung der guten Sitten geltend zu machen, nicht beirren lassen“ (Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 3, 1979, S. 97).

Sozialistengesetze

Andere Wege beschritten die Sozialdemokraten. Das Parteiprogramm der 1875 in Gotha gegründeten „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ erstrebte „mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung

des ehernen Lohngesetzes..., die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“. Bismarck war Programm und Agitation der Sozialdemokratie verhasst. Mit Hilfe der Liberalen und Konservativen brachte er das „Gesetz zur Abwehr der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ durch.

Die Katholiken sahen in der Sozialdemokratie gleichfalls eine große Gefahr, da sie die Entchristlichung der Arbeiter als offiziellen Programmpunkt vertrat und betont antireligiös agitierte. Doch obwohl das Zentrum scharfer Gegner der sozialdemokratischen Ideologie war und überdies Rom wünschte, es möge Bismarck entgegenkommen, stimmte es 1878 gegen das Ausnahmegesetz: „Nur durch große sittliche Momente kann man das Volk zur Umkehr bringen, durch den Polizeistock niemals“ (Windthorst). Bei späteren Verlängerungen des Gesetzes stimmten einige Zentrumsabgeordnete allerdings doch zu.

Die Verfolgung traf alle selbstständigen Arbeitervereine und Gewerkschaften, auch die christlich-sozialen Vereine. Versammlungen wurden ebenso verboten wie Presseorgane; bis 1890 wurden rund 1500

Personen verhaftet und 900 des Landes verwiesen.

Sozialgesetze

Da die materielle Not nicht zu leugnen war, sollten die Arbeiter nun durch eine Sozialgesetzgebung den Staat als „wohlthätige Einrichtung“ erfahren. Eine „Kaiserliche Botschaft“ kündigte 1881 entsprechende Maßnahmen an. Unter den Katholiken, sowohl auf den Katholikentagen als auch im Zentrum, entbrannte ein Streit um die richtige Fürsorge: christliche Caritas, liberales Versicherungsprinzip oder Wohlfahrtsstaat. Georg von Hertling wandte sich als Sprecher des Zentrums gegen „Staatssozialismus“. Er forderte, dass der Arbeiter „mit Ehren Pensionär der Industrie“ sein und nicht abhängig von „staatlichen Almosen“ werden solle. Nach langem Ringen wurden die Gesetzesvorlagen Bismarcks mit Hilfe des Zentrums verabschiedet. Die Sozialversicherungsgesetze gegen finanzielle Not bei Krankheit (1883, Beiträge: Arbeiter 2/3, Arbeitgeber 1/3), Unfall (1884, Beiträge: nur Arbeitgeber) sowie Invalidität und Alter (1889, Beiträge: Arbeiter und Arbeitgeber gleich hoch, plus Staatszuschuss) galten als beispielhaft in Europa.

14 Kaiserreich

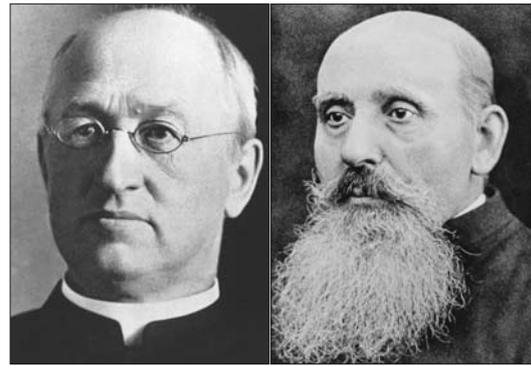
Befriedung nach 20 Jahren

In seinem Kampf gegen die Sozialdemokratie war Bismarck schließlich zum „geordneten Rückzug“ gezwungen. Die Sozialgesetzgebung hatte die Anhänger der Sozialdemokratie nicht zufriedenstellen können. Bis 1890 konnte die SPD ihre Mandate verdreifachen.

Auch beim Kulturkampf musste Bismarck ab 1876 stufenweise einlenken. Bis Mitte der 1880er Jahre hatte das Zentrum einige kleinere Erleichterungen erreichen können. Doch dann wurden die Katholiken und ihre parlamentarische Vertretung von Bismarck und der Kurie beiseite geschoben. Nachdem sich das Zentrum verschiedenen Forderungen Papst Leos XIII. (1878-1903) verweigert hatte, Bismarck zu unterstützen (insbesondere im Streit um den Militärhaushalt), lag die Kluft zwischen bürgerlich-parlamentarischer Rechtsauffassung und dem vorkonstitutionellen Gebaren frei zu Tage. Rom konnte „Sonderrechte“ erreichen, nahm dafür den Fortbestand einiger Gesetze in Kauf, so die Zivilehe, die Schulaufsicht, das Jesuitenverbot (bis 1917), die Anzeigepflicht bei Stellenbesetzung, den Kanzelparagraphen. Die Rückkehr zur verfassungsrechtlich abgesicherten Grundlage für die allgemeine Religions- und Kirchenfreiheit war damit vorerst verbaut.

Immerhin konnte die Veröhnung der katholischen Bevölkerung mit dem preußischen Staat beginnen. Ab den 1890er Jahren bekam das katholische Verbandswesen neuen Schwung, die Enzyklika „Rerum novarum“ gab dem sozialen Engagement seinen Segen – doch mit dem Fortfall der existentiellen Bedrohung brachen nun die schwelenden Spannungen innerhalb des sozialen und politischen Katholizismus auf.

Jahr	Technik, Wirtschaft, Parteiungen	Politik und Geistesleben
1872	Fabrikant Franz Brandts führt Arbeiterrat ein Behindertenheimstätte Bethel durch F. von Bodelschwingh (Innere Mission)	
1873-74	Wirtschaftskrise in Europa, einheitliches Geld- und Münzwesen in Deutschland erster Tarifvertrag im Buchdruck	
1875	Gründung der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“, Gotha Steyler Missionare	Einweihung des Hermannsdenkmals im Teutoburger Wald als Nationaldenkmal unter Anwesenheit Wilhelms I.
1876	Viertakt-Motor von N. Otto Milzbranderreger (R.Koch) „Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft“, Gründer u.a. Georg v. Hertling	Reichsgesetz über Hilfskassen (Möglichkeit der Kommunen, Kassen zwangsweise einzurichten, wurde kaum praktiziert) Bayreuther Festspielhaus wird mit Richard Wagners „Ring des Nibelungen“ eröffnet
1877	Christlich-sozialer Verein stellt – gegen das Zentrum – in Essen den ersten, schließlich erfolgreichen Arbeiterkandidaten für den Reichstag auf: Gerhard Stölzel (bis 1895); Ketteler fordert im Hirtenbrief „Über die christliche Arbeit“ Gewerkschaften	„Antrag Galen“, Zentrum: Arbeiterschutz, Sonntagsruhe, Gesundheitsschutz, Arbeitsgerichte
1878	Christlichsoziale Arbeiterpartei, Gründer Adolf Stoecker, ev. Hofprediger in Berlin (1881–1918 Christlichsoziale Partei) Gründung des „Augustinusvereins zur Pflege der katholischen Presse“	Zwei Attentate auf Wilhelm I. Sozialistengesetz (gegen Arbeitervereine) Obligatorische Fabrikinspektion, beginnender Arbeiterschutz für Frauen Leo XIII.: Enzyklika gegen den Sozialismus
1879	Schutzzollpolitik Deutschlands Industrielle Nutzung des Thomasverfahrens bei Stahlerzeugung; Glühbirne von Edison, Straßenbeleuchtung in NewYork	Friedrich Nietzsche: Menschlich, Allzumenschliches (Auseinandersetzung mit dem Nihilismus)
1880	Synthetischer Farbstoff (A. v. Baeyer) Typhus-Erreger (R.Koch); 625 000 Menschen seit 1871 ausgewandert Gründung des Vereins „Arbeiterwohl“ durch katholische Unternehmer	Franz Hitze: „Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft“ (Kritik des Wirtschaftsliberalismus) Duden: „Orthographisches Wörterbuch der deutschen Sprache“ Fertigstellung des Kölner Doms
1881	Entdeckung des Leprabazillus (Hansen)	„Kaiserliche Botschaft“ vom 17. November 1881: Ankündigung der Sozialgesetzgebung Zentrum stärkste Fraktion
1882	Entdeckung des Tuberkelbazillus (R. Koch) Gründung von evangelischen Arbeitervereinen, Zusammenschluss 1890	Charles R. Darwin † (1859 f.: „Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl“) Heinrich Schliemann † (Entdeckung Trojas, Grabungen ab 1870)
1883	Gründung des ev. „Christlichen Vereins junger Männer (CVJM)“	Krankenversicherungsgesetz für Arbeiter Karl Marx †
1884	Entdeckung des Diphtherie-Erregers (Löffler), Antipyryn als Fiebermittel (Knorr) Franz Hitze: „Grundzüge für die Organisation und Gründung katholischer Arbeitervereine“, Rede auf Katholikentag in Amberg	Unfallversicherungsgesetz Franz Hitze wird in den Reichstag gewählt (bis zu seinem Tod 1921) dt. Kolonien in Afrika und in der Südsee
1885/86	Automobile von C. Benz, G. Daimler, W. Maybach; nahtlose Röhren von R. Mannesmann Aseptische Chirurgie (E.v. Bergmann)	Verbot von Kinderarbeit in Fabriken bis zum 12. Lebensjahr, bis zum 14. Lebensjahr begrenzt auf 6 Stunden täglich Leopold von Ranke † (Begründer der kritischen Geschichtsschreibung)
1888		Wilhelm I. †, Wilhelm II. König von Preußen und deutscher Kaiser Leo XIII.: Enzyklika gegen den Liberalismus
1889	II. Sozialistische Internationale proklamiert den 1. Mai zum Arbeiterfeiertag	Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung
1890	Tuberkulin (R. Koch) 1 342 400 Menschen ausgewandert seit 1881 Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften unter Carl Legien Gründung des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ durch Windthorst, Brandts und Hitze, Sitz Mönchengladbach	Einrichtung von Gewerbegerichten (Vorläufer der Arbeitsgerichte) Aufhebung des Sozialistengesetzes Entlassung Bismarcks durch Wilhelm II. (März)



Links: Titel der Zeitschrift des Volksvereins für das katholische Deutschland, die Ende des 19. Jahrhunderts größte Bedeutung für den sozialen und politischen Katholizismus gewann (Jubiläumsausgabe).

Foto: Stadtarchiv Mönchengladbach

Mitte: Franz Hitze. Er arbeitete das Programm für einen katholischen Massenverein aus, der Gegengewicht zur sozialistischen Bewegung sein sollte.

Rechts: Heinrich Pesch. Er schuf ein Theorie-
werk, in dem er sich um die Verbindung von
Markt und Sozialisierung sowie Individualismus
und Gemeinschaft bemühte. Fotos (2): KNA

4. Die Kirche lobt und verwirft

Der bevormundete und der mündige Arbeiter

Der Schritt vom 19. ins 20. Jahrhundert war von dem schroffen Nebeneinander altergebrachter und moderner Lebensstile, technischem Fortschritt und überkommener Besitzverhältnisse begleitet. Im Deutschland Wilhelms II. gaben Adel, Militär und Großbürgertum den Ton an, während Arbeiter und Kleinbürger um ihre Stellung im Staat zu kämpfen hatten. Die Industrialisierung erlebte ab Mitte der 1890er Jahre einen neuen Aufschwung, von dessen Früchten die Besitzlosen ihren Anteil forderten.

Von 1870 bis 1910 vervierfachte sich die Bevölkerung in den Großstädten; Gründe waren geringere Säuglingssterblichkeit, höhere Lebenserwartung und der Zuzug von Arbeitskräften aus dem wenig

industrialisierten Osten in den Westen. Die „Massengesellschaft“ entstand.

Bis dahin hatte der Klerus auf die Soziale Frage zumeist durch seelsorgliche Belehrung der Arbeiter und Mahnung der Besitzenden zu Werken der Nächstenliebe und des Almosens reagiert. Priester wie Bischof Ketteler und Adolph Kolping waren trotz ihres vielgelobten Engagements Ausnahmen geblieben. Desgleichen stießen Sozialpolitiker der katholischen Verbände und der Zentrumsfraktion in ihrem Milieu auf hartnäckigen Widerstand.

Die entscheidende Frage, die sich wie ein roter Faden durch die Vielzahl der innerkatholischen Konflikte zieht, war: Hat die Kirche die allumfassenden „Heilmittel“ für die

Not des Proletariats oder ist ein je eigenverantwortliches Zusammenwirken von Kirche, Staat sowie den Betroffenen und gesellschaftlichen Gruppen vonnöten?

„Rerum novarum“

„Der Geist der Neuerung“ sind die Anfangsworte der ersten Sozialzyklika, die 1891 von Leo XIII. unterzeichnet wurde. Der Papst widmete sich hierin ausschließlich der Arbeiterfrage. Die kapitalistische Wirtschaftsweise wird anerkannt, zugleich zum Kampf gegen deren Auswüchse aufgerufen.

Die Reichen und die Armen zu versöhnen und den Sinn der Ordnung der unterschiedlichen Stände hierbei zu wahren, ist das Ziel der Kirche:

„So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen.“

Die katholische Position des natürlichen Rechts auf Eigentum interpretiert Leo auch als Recht des Arbeiters auf Eigentum. Lohngerechtigkeit bedeutet, dass der Arbeiter für sich und seine Familie angemessen sorgen und für sein Alter ein entsprechendes Vermögen erwirtschaften kann. Damit werden Sozialismus und Staatsfürsorge ausgeschlossen. Galt bisher „alles für den Arbeiter, nichts durch den Arbeiter“, wird nun eine gewisse Mündigkeit zugestanden. Das Recht auf Vereinsbildung wird als Menschenrecht propagiert.

Der Unterschied zwischen Standesverein und Gewerk-



Links: Papst Leo XIII

Rechts: Kolpingmitglied Adam Stegerwald war für Streiks.

Fotos (2): KNA



schaft wird nicht gesehen, was später in einen schmerzhaften innerkirchlichen Klärungsprozess führte. Als mitzuständig wird der Staat verpflichtet. Er habe Gerechtigkeit gegen alle zu üben und notfalls durch Schutzgesetze die geistigen und materiellen Ansprüche zu sichern; genannt werden etwa Sonntagsruhe, Arbeitszeitregelung sowie Frauen- und Kinderarbeit.

Bei aller Neuverteilung der Zuständigkeiten trägt jedoch weiterhin an erster Stelle die Kirche die Verantwortung. Sie hat beiden Klassen und den Staatslenkern die rechte Gesinnung einzuschärfen, denn „ohne Zuhilfenahme von Religion und Kirche ist kein Ausgang aus diesem Wirrsale zu finden“.

Unverkennbar hat Ketteler dem Rundschreiben Pate gestanden, den Leo XIII. einmal „son grand prédécesseur“ – seinen großen Vorgänger – genannt hat. Im übrigen hatte die Union de Fribourg, eine internationale Vereinigung katholischer Sozialwissenschaftler, lange Jahre für eine verbindliche katholische Soziallehre vorgearbeitet.

Schule der Arbeiter

„Rerum novarum“ wurde zu Recht als Anerkennung der katholischen Sozialbewegung verstanden, nun gingen von ihr wichtige Impulse aus. Neben neuen Arbeiter- und Gewerkvereinen entstanden beispielsweise 1897 der „Caritas-Verband Deutschland“

durch Pfarrer Lorenz Werthmann; 1899 der „Verein zum guten Hirten“/ „Katholischer Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder“ durch Agnes Neuhaus; 1903 der „Katholische Deutsche Frauenbund“ durch Minna Bachem-Sieger.

Größte Bedeutung für den sozialen und politischen Katholizismus gewann der 1890 gegründete „Volksverein für das katholische Deutschland“. Im Vorfeld war um die Zielrichtung eines allgemeinen Katholikenvereins gestritten worden. Der Zentrumsführer Ludwig Windthorst hatte sich entschieden gegen einen anti-protestantischen Kampfbund ausgesprochen – wie von Bischof Korum (Trier) und Mitstreitern geplant –, um keinen neuen Kulturkampf vom Zaun zu brechen. Statt dessen arbeitete Franz Hitze ein Programm für einen katholischen Massenverein aus, der Gegengewicht zur sozialistischen Bewegung sein sollte.

In der atheistischen und antikirchlichen Agitation sah man die weit aktuellere Gefahr für die Kirche und die katholischen Arbeiter. Vereinszweck wurde „die Bekämpfung der Irrtümer und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiet und die Verteidigung der christlichen Ordnung in der Gesellschaft“.

Franz Hitze (1851–1921), ein von einem Olpener Bauernhof stammender Geistlicher, Sozialwissenschaftler und Reichstagsabgeordneter des Zentrums, war neben Franz

Brandts und August Pieper einer der führenden Köpfe. Zu den Aufgaben des Volksvereins zählten sie die Förderung der katholischen Arbeitervereine, die als Standesvereine von Klerikern geleitet wurden, und ab 1893 die Unterstützung der christlichen Gewerkschaften. Kern der Tätigkeit war die direkte Hilfe durch Volksbüros und Vertrauensleute, die Herausgabe von Schriften wie den „roten Heften“ (Mitgliederzeitschrift) und Flugschriften (bis 1914 ca. 90 Mio.) und schließlich das praktisch-soziale und volkswirtschaftliche Kursangebot.

In Seminaren für Arbeiter, Handwerker, Kaufleute, Bauern, Beamte, Techniker, Lehrer, Frauen und Kleriker wurden tausende Katholiken ausgebildet. Der Berliner „Großstadtpostel“ und Studentenseelsorger Carl Sonnenschein richtete das „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit“ ein, um die akademische Jugend für die Sozialarbeit zu gewinnen. Der Volksverein wurde zur Kaderschmiede, zum „sozialen Gewissen“ des Zentrums – ohne seine Unabhängigkeit gegenüber Kirche oder Partei aufzugeben.

Schon im ersten Jahr konnten über 100 000 Mitglieder gewonnen werden (Jahresbeitrag: eine Reichsmark); bis 1914 waren es über 800 000 in 6 500 Ortsvereinen mit 60 000 Vertrauensleuten.

Auf dem Katholikentag in Osnabrück 1901 hielt Ernst Lieber, Führer der Zentrumsfraktion, die mittlerweile tradi-

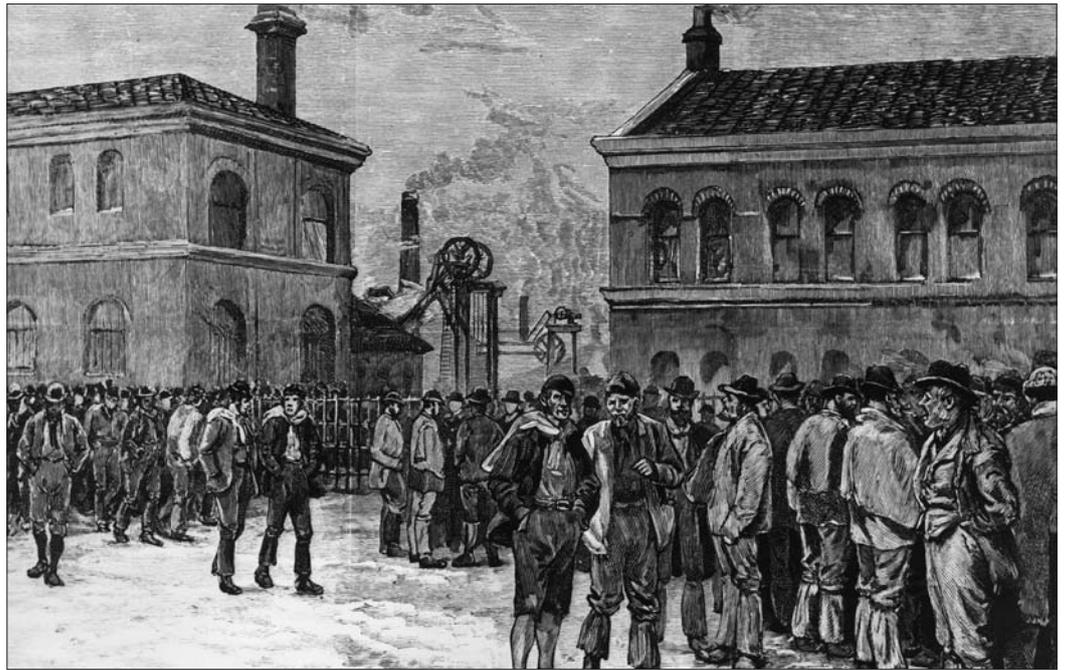
tionelle Volksvereinsrede zum Thema „Papsttum und christliche Demokratie“. Auf die kurz zuvor verkündete Enzyklika „Graves de communi“ bezugnehmend, in der Leo die „christliche Demokratie“ unpolitisch als rein soziale Tätigkeit zum Wohle des Volkes definiert, sieht Lieber diese Form durch den Volksverein verwirklicht.

Die Ausrichtung des Volksvereins war den paternalistisch-konservativen Vertretern in Zentrum, Klerus und unter den Laien ein Dorn im Auge. Die Früchte der Arbeit formulierte der christliche Gewerkschafter Johannes Giesberts (1865–1938), ehemals Heizer, als Redakteur nach München-Gladbach geholt und in der Weimarer Republik Reichspostminister, in einem Satz: „München-Gladbach hat uns Arbeiter das Denken gelehrt.“

Solidarismus – der „Dritte Weg“

Was vermag die praktische soziale Arbeit und Sozialpolitik ohne theoretische Fundierung? Um auf Dauer wirken zu können, hielt Heinrich Pesch (1854–1926) die systematische Auseinandersetzung mit sozialen Modellen für dringend erforderlich. Der Kölner Schneidersohn hatte Theologie, Jura und Nationalökonomie studiert; nach seinem Eintritt in den Jesuitenorden wurde er nach England geschickt, wo ihm „das Los der Arbeiterklasse ... jeden Tag vor Augen stand“.

Bergleute im Ausstand, hier in Durham (Nordengland).
Abbildung: bpk



Die liberale Ökonomie, die sich auf „Naturgesetze“ des Marktes und den natürlichen Egoismus berief, schien ihm ebenso unzulänglich wie der „wissenschaftliche“ Sozialismus, der Klassenkampf und Kollektivismus als vorgezeichnetes Entwicklungsgesetz begründete. Pesch, der auch Gedanken Kettlers und Hertlings aufgriff, bemühte sich um eine Synthese von Markt und Sozialisierung, von Individualismus und Gemeinschaft.

In der „Solidarität“ sah er eine „sittliche Forderung der vernünftigen Menschennatur“. Dabei unterscheidet er drei Ebenen der Solidarität: 1. die allgemein menschliche der „Gottesfamilie“; 2. die der Staatsgenossen und des gemeinwohlverpflichteten Staates und 3. die der Berufsgenossen untereinander. Letztere Form soll insbesondere das Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ordnen, ist also das Gegenteil der Klassenkampftheorie.

Eingeschlossen sind darin Vorstellungen wie betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung bis hin zu einem staatlichen Wirtschaftsrat. Der Mensch als Träger wirtschaftlichen Handelns und die orga-

nische Einheit des Berufsstandes waren die zentralen Anliegen von Pesch. Sein „christlicher Solidarismus“, als katholische Einheitslinie gepriesen, prägte über seine Schüler Gustav Gundlach und Oswald von Nell-Breuning die Enzyklika „Quadragesimo anno“ (1931) Pius' XI.

Pesch wollte zur Versittlichung der Volkswirtschaft beitragen; aber er warnte auch vor Übertreibungen. Aus der Heiligen Schrift sei kein Wirtschaftssystem abzuleiten: „Mit Religion kann man kein Korn dreschen.“

Gewerkschaftsstreit

Das wachsende Selbstbewusstsein der Arbeiter war am Organisationsgrad ihrer Verbände ablesbar. Hatten die sozialdemokratisch orientierten „Freien Gewerkschaften“ bereits 1869 fast 50 000 Mitglieder und konnten sich trotz der Sozialistengesetze bis 1895 vervielfachen, so begannen die „Christlichen Gewerkschaften“ erst ab 1894 und erreichten nach einem Jahr 5 500 Mitglieder. Bis 1913 wuchsen die „Freien“ auf rund 2 530 000 an, die „Christlichen“ auf 340 000.

Deren Hoffnungen auf eine weltanschaulich neutrale Gewerkschaftsbewegung nach dem Vorbild der englischen Trade Unions hatten sich angesichts des antireligiösen und klassenkämpferischen Programms der Sozialisten zerschlagen; diese nötigten die katholischen Arbeiter entweder zur Aufgabe ihrer Religion oder beschimpften sie als „Verräter“ an ihrer Klasse.

Der fränkische Schreiner Adam Stegerwald (1874–1945), Mitglied des Kolpingschen Gesellenvereins und des Arbeiterwahlvereins des Zentrums, stieß in München zur Gewerkschaftsbewegung. 1902 wurde er zum Generalsekretär des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften gewählt. Man bewegte sich selbstverständlich auf dem Boden der staatlichen Ordnung, doch ebenso selbstverständlich befürwortete man auch den Streik – als ultima ratio des Arbeitskampfes. Die Christlichen Gewerkschaften waren interkonfessionell angelegt, um mit allen, die nicht antireligiös eingestellt waren, zusammenarbeiten zu können.

Auf Anregung Franz Hitzes hatten die Katholikentage der 1890er Jahre den Christlichen

Gewerkschaften ihre Unterstützung zugesagt. Sie sollten die konfessionellen Arbeitervereine, die keine wirtschaftliche Interessenvertretung waren, ergänzen.

Diese „München-Gladbach/Kölner Richtung“ wurde ab 1900 von der „Berlin/Trierer Richtung“ scharf angegriffen. Streik galt ihnen als verwerfliches Klassenkampfmittel, und statt Interkonfessionalität wurde ein „positiv kirchliches Bekenntnis“ verlangt. Bischof Korum ließ verlauten: „Auch wenn die Gewerkschaften nur katholische Mitglieder aufwiesen, die Leitung aber einem Arbeiter zuwies, müssten wir sie bekämpfen. Alles kommt darauf an, dass die Geistlichen die katholischen Arbeiter in der Hand behalten.“

Der so genannte Integralismus beanspruchte, alle Fragen des öffentlichen wie privaten Lebens aus dem Glauben heraus zu regeln, bis hin zur kirchlichen Leitung in Lohnfragen der Weber und Eisen gießer. Stimmführer der Integralisten war Georg Kardinal Kopp (1837–1914). Als gebürtiger Hannoveraner trat er für die nationale Aussöhnung ein, was ihn zum Mittelsmann zwischen Rom und Berlin

18 Lob und Tadel

befähigte und ihm die Unterstützung der Regierung verschuf, als es um die Berufung zum Fürstbischof von Breslau ging. Patriarchalisch geprägt, war er dem Adel und den schlesischen Großgrundbesitzern zugeneigt.

Er fürchtete eine „Dekatholisierung“, deren Wurzeln er im Volksverein und in dessen emanzipatorischer Schulungsarbeit sah. Für die „Verseuchung des Westens“ drohte er August Pieper und anderen mit Verurteilung aus Rom.

Die katholischen Arbeiter, angefeindet von den Sozialisten und abgekanzelt von der Kirche, waren die Leidtragenden. Trotzig waren Sprüche bekannt wie: „Was schert uns Kopp und Korum? Wir pfeifen auf *Rerum novorum!*“

Für das Fuldaer Pastoral von 1900 hatte Kopp die Bischofskonferenz noch hinter sich bringen können; danach waren nur von Priestern geleitete Arbeitervereine mit entsprechenden Fachabteilungen erlaubt. Zwölf Jahre später erließ Pius X. mit der Enzyklika „*Singulari quadam*“, dass unter bestimmten, engen Voraussetzungen interkonfessionelle Gewerkschaften „geduldet“ werden könnten – was die große Mehrheit der Bischöfe erleichtert aufnahm.

Der unselige Gewerkschaftsstreit ging schließlich im Ersten Weltkrieg unter, erst in der Enzyklika „*Quadragesimo anno*“ wurde die München-Gladbach/Kölner Richtung bestätigt. Oswald von Nell-Breuning stellte dazu rückblickend fest: „Als Papst Pius XI. 1931 das ‚tolerari posse‘ Pius' X. in ‚approbare‘ (gutheißen) umwandelte, war das für diejenigen, die sich von den Integralisten als kirchlich nur ‚geduldet‘ hatten beschimpfen lassen müssen, eine späte Genugtuung, aber von keiner praktischen Bedeutung mehr.“

Jahr	Technik, Wirtschaft, Parteiungen	Politik und Geistesleben
1891	Erfurter Programm der SPD; erster Gewerkschaftskongress, sozialistische „Freie Gewerkschaften“ (1892) „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ von christl. und jüd. Bürgern	Ludwig Windthorst † Enzyklika <i>Rerum novarum</i> , Leo XIII. Arbeiterschutzgesetz: Gefahrenschutz, Sonntagsruhe, Einschränkung der Kinderarbeit, Arbeitszeit für Jugendliche u. Frauen, fakult. Arbeiterausschüsse
1893	Deutschland überflügelt England in der Stahlerzeugung; Dieselmotor Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens	Gerhard Hauptmann: „Die Weber“, Uraufführung zunächst verboten Ende der freien Landnahme in den USA, entspr. weniger Einwanderung
1894	Diphtherieserum (E.A.v. Behring) Gewerkverein christlicher Bergarbeiter (Dortmund) durch August Brust	Bau des Reichstags abgeschlossen (Beginn 1848)
1895/96	Röntgenstrahlen (K. Röntgen) Bund deutscher Frauenvereine (Ziel: Gleichberechtigung) Kath. Jungmännerverband Deutschlands	Erste Olympiade der Neuzeit in Athen Heinrich von Treitschke † (Historiker: „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert“) Simplicissimus (Satirezeitschrift)
1897/98	Dieselmotor, elektrische Eisenbahn in Berlin (Siemens), drahtlose Telegraphie (Marconi); Entdeckung des Radiums (M. und P. Curie) Deutscher Caritasverband Freiburg Erster Zionistenkongress in Basel	Erstes Flottengesetz: Verstärkung der Kriegsflotte Theodor Fontane † (1885: Effie Briest), Richard Strauss, Hofkapellmeister in Berlin (Tondichtung: Also sprach Zarathustra, nach Nietzsche, 1896)
1899	Erster Kongress der Christlichen Gewerkschaften, Mainzer Leitsätze: interkonfessionell und parteiunabhängig Verein „Zum guten Hirten“ (Sozialdienst kath. Frauen) von A. Neuhaus	Erste Haager Friedenskonferenz Technische Hochschulen erhalten das Promotionsrecht „Zuchthausvorlage“ (gegen Gewerkschaften) scheitert
1900	Quantentheorie (Max Planck) Bevölkerungsentwicklung: zwischen 1800 und 1900 in Deutschland von 24.5 Mio. auf 56,4 Mio., Verstädterung Beginn d. Jugendbewegung, Ziele: Einfachheit, Natürlichkeit, Selbst- statt Fremderziehung	Bürgerliches Gesetzbuch und Handelsgesetzbuch; Ladenschlussgesetz Boxeraufstand, Wilhelm II. schickt Truppen in die chinesische Kolonie, Friedrich Nietzsche † Fuldaer Pastoral der Bischofskonferenz gegen interkonfessionelle Gewerkschaften
1901/02	Bau der sibirischen Eisenbahn; Erste Nervenbahn (H. Cushing)	Enzyklika <i>Graves de communi</i> über die christliche Demokratie, Leo XIII. Thomas Mann: Buddenbrooks
1903/04	Deutschland überflügelt England in der Roheisengewinnung Gesamtverband Christlicher Gewerkschaften, A. Stegerwald Generalsekretär Katholischer Deutscher Frauenbund	Verbot der Kinderarbeit, einschließlich der Heimarbeit von Kindern Gründung von Kaufmannerichtungen Pius X. (1903–1914)
1905/06	Relativitätstheorie (A. Einstein); Salvarsan [gegen Syphilis] (P. Ehrlich) Bergarbeiterstreik unter Beteiligung aller Gewerkschaften, von ca. 280 000 Arbeitern streiken ca. 220 000 für kürzere Arbeitszeiten und Einsetzung von Arbeiterausschüssen (in Bayern seit 1900) Julius Bachem wendet sich gegen Bestrebungen der Integralisten, das Zentrum stärker zu konfessionalisieren	Heinrich Pesch: Lehrbuch der Nationalökonomie (fünf Bände, bis 1923) Heinrich Mann: Professor Unrat oder das Ende eines Tyrannen; Malergruppe „Brücke“ in Dresden mit E.L. Kirchner, E. Nolde, E. Heckel Erste Marokkokrise; erste russische Revolution
1907		Enzyklika <i>Pascendi</i> : Verurteilung des Modernismus, Pius X.
1908	Erster Internationaler Kongress der Christlichen Gewerkschaften in Zürich	Zehn-Stunden-Tag für Frauen und Jugendliche; Öffnung des Hochschulstudiums für Frauen
1909	Synthetischer Kautschuk (F. Hofmann) Quickborn (Kath. Jugend, ab 1919 von R. Guardini geleitet; Liturgische Bewegung)	Arnold Schönberg, Komponist (Beginn der atonalen Musik) S. Freud: „Über Psychoanalyse“
1911	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft, heute: Max-Planck-Gesellschaft	Reichsversicherungsordnung (RVO), Sozialversicherung für Angestellte, Gesetz zum Schutz der Heimarbeiter Zweite Marokkokrise Malergruppe „Blauer Reiter“ mit F. Marc und W. Kandinsky
1912/13	Atomtheorie (N. Bohr) Reichstagswahlen: SPD stärkste Fraktion Gründung der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“	Enzyklika <i>Singulari quadam</i> , Pius X. (Duldung der Mitgliedschaft kath. Arbeiter in interkonfessionell-christlichen Gewerkschaften)
1914	Panamakanal Bewilligung von Kriegskrediten durch alle Parteien („Burgfriede“)	Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo, Ausbruch des Ersten Weltkriegs (bis 1918) Benedikt XV. (1914 - 1922) Franz Brandts †



Links: Beim Gesellentag im Juni 1933 müssen Kolpinger ein Zeltlager abbauen, weil es zu Auseinandersetzungen mit Nazischlägern gekommen war.

Oben: Heinrich Brauns, Kölner Priester und Sozialwissenschaftler, während der Weimarer Republik acht Jahre Arbeitsminister. Foto: KNA

5. Zwischen den Kriegen

Christlich-Soziale in der Weimarer Republik

Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg des Deutschen Reiches wuchs der Anspruch auf eine beherrschende Stellung in der Weltpolitik. Kaiser Wilhelm II. schrieb das Ziel „Weltmacht“ auf seine Fahne und betrieb den Flottenausbau, der ihm in der Zeit von Kolonialismus und Imperialismus als das Instrument militärischer Stärke galt. Das deutsche Volk war ungeachtet innerer Spannungen im Patriotismus geeint. Ähnlich waren Lage und Stimmung in den europäischen Nachbarländern. Der Wettbewerb der Nationen steigerte sich, bis er 1914 mit den Schüssen auf den österreichischen Thronfolger in Sarajevo in blutigen Kampf umschlug. Der Reichstag, einschließlich Zentrum und Sozialdemokraten, bewilligte die Kriegskredi-

te, deren Schuldenlast später zur Inflation beitrug. Die Kriegsbegeisterung war allgemein. Wie andere vaterländisch gesinnte Vereine förderte auch der „Volksverein für das katholische Deutschland“ den Kampfesmut der Soldaten und den Durchhaltewillen der Daheimgebliebenen.

Elend des Krieges

Als der Feldzug länger dauerte als gedacht und Not und Tod um sich griffen, sprach man von einer „Weltenwende“, in der sich der Christ bewähren müsse. Dagegen hatte Papst Benedikt XV. (1914–1922) in seiner ersten Enzyklika vom 1. November 1914 an die kriegführenden Länder appelliert, den „brudermordenden Streit“ zu be-

den. Vergebens. Die vierjährige Metzelei kostete fast acht Millionen (Mio.) Menschenleben und 19,4 Mio. Verwundete und Invalide, davon 1,8 Mio. bzw. 4,25 Mio. Deutsche. Zum Elend des Krieges kamen Streiks, Aufruhr und bürgerkriegsartige Kämpfe hinzu.

Im November 1918 nimmt die deutsche Delegation unter Vorsitz des Zentrums politiklers Matthias Erzberger das Waffenstillstands diktat der Alliierten entgegen; drei Jahre später wird er von Rechtsradikalen ermordet. Die materiellen Kriegsfolgen, wie Reparationspflichten und Gebietsverluste, werden im Versailler Vertrag festgeschrieben. Begründet werden die drückenden Lasten mit der einseitigen Zuweisung der Kriegsschuld – eine moralische Abrechnung, die zusätz-

lich zur Verbitterung in weiten Kreisen des Volkes führt.

Weimarer Verfassung

Reichskanzler Prinz Max von Baden verkündete am 9. November die Abdankung des Kaisers, Philipp Scheidemann (SPD) rief die Deutsche Republik aus. Damit konnte die Räterepublik verhindert und eine parlamentarische Demokratie aufgebaut werden. Der Sturz der Monarchie war für viele Bürger, auch für Katholiken und christliche Gewerkschafter, ein Schock. Dennoch sammelten sich die katholischen Mandatsträger und stellten sich der neuen Situation. Auch der Vorsitzende der Rheinischen Zentrumspartei, Carl Trimborn, engagiert im Gesellenverein, unterstützte

Links: Helene Weber.
Rechts: Bernhard Letterhaus. Fotos: KDFB, KNA



den Aufruf des Zentrums vom Dezember 1918: „Durch gewaltsamen Umsturz ist die alte Ordnung Deutschlands zerstört.“ Eine neue Ordnung ist auf dem Boden der gegebenen Tatsachen zu schaffen; diese Ordnung darf nach dem Sturz der Monarchie nicht die Form der sozialistischen Republik erhalten, sondern muss eine demokratische Republik werden. An der großen und schweren Aufgabe mitzuarbeiten, ist in erster Linie die deutsche Zentrumspartei berufen und bereit.“ Im so genannten Verfassungstreit, in dem monarchistische Katholiken die „Verfassung ohne Gott“ ablehnten, beriefen sich die republikanisch Gesinnten auf Papst Leo XIII., der jede Staatsform als hinnehmbar erklärt hatte, soweit sie Ordnung stiftet, das Gemeinwohl zum Ziel hat und das christliche Sittengesetz achtet.

Die Nationalversammlung beschloss am 11. August 1919 in Weimar die Reichsverfassung (WRV). Die Katholiken waren durch das Zentrum und die Bayerische Volkspartei vertreten. Langjährige Forderungen des Katholizismus fanden

Eingang in den Grundrechtsartikel und in die Kirchenartikel: Vereinsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie soziale Rechte wie Freiheit und Sozialbindung des Eigentums, Koalitions- und Tarifrecht, Mitbestimmung und Recht auf Fürsorge. Aber eine der Schwächen der WRV bestand darin, dass die Grundrechte durch einfache Gesetze außer Kraft zu setzen waren.

Arbeiter treibende Kraft

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine moderne Sozialgesetzgebung waren denkbar schlecht. Bis 1923 herrschten hohe Arbeitslosigkeit und eine galoppierende Inflation, die nicht nur das private Geldvermögen zunichte machte, sondern auch die Sozialversicherungen an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachte. 1924 bis 1928 entspannte sich die wirtschaftliche Lage, bis es 1929 zur Weltwirtschaftskrise kam.

Damit einher gingen eine unheilvolle politische Radikalisierung und Gewalttätigkeiten. Zunächst jedoch bot die WRV die Basis für die Weiter-

entwicklung des Arbeits- und Sozialrechts.

Die sozialpolitische Umgestaltung ging zu einem guten Teil von der organisierten Arbeiterschaft aus. Schon während des Krieges konnte eine funktionsfähige Wirtschaft nur mit und nicht gegen die Arbeiter aufrechterhalten werden. Erste gesetzliche Regelungen der betrieblichen Mitsprache, die Anerkennung der Gewerkschaften als Verhandlungspartner der Arbeitgeber und der Acht-Stunden-Tag waren die Folge. Um den Einfluss zu erhöhen, schlossen sich die christlichen Gewerkschaften auf ihrem Zehnten Kongress 1920 in Essen zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zusammen, der die nichtsozialistischen Arbeitnehmerorganisationen vereinte. Auf dem Kongress rief der Gewerkschaftsführer Adam Stegerwald - erfolglos - zur Gründung einer interkonfessionellen christlichen Partei auf, die „deutsch, christlich, demokratisch, sozial“ sein sollte.

Tragende Säule der republikanischen Neuordnung war die Arbeitsgesetzgebung, die in achtjähriger Amtszeit - unter zwölf Regierungen - von Heinrich Brauns (1868-1939) geprägt wurde. Der Arbeitsminister, Sohn eines Schneiders aus Köln, war Priester und Sozialwissenschaftler. Nach einer Begegnung mit dem Gründer der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter, August Brust, warb er für die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften; dadurch geriet er bei den preußischen Behörden als „roter Kaplan“ in Ver-

ruf. Brauns wirkte ab 1900 im Volksverein für das katholische Deutschland für die Arbeiterbildung, 1919 wurde er in die Nationalversammlung und 1920 in den Reichstag gewählt. Als Abgeordneter widmete er sich gemeinsam mit Franz Hitze der Sozialpolitik. Den Räteartikel (165 WRV) formulierten sie mit und traten für ein gemäßigtes Betriebsrätegesetz ein, dass den radikal-sozialistischen Rätegedanken ausschloss. Auch die Möglichkeit der Sozialisierung von Produktionsmitteln konnte die katholische Seite bejahen. Ihre traditionelle Kapitalismuskritik firmierte in den 1920er Jahren unter dem Schlagwort „christlicher Sozialismus“, der allerdings nicht im Sinne des sozialdemokratischen oder kommunistischen Sozialismus, sondern aus der katholischen Soziallehre heraus im Sinne des Solidarismus interpretiert wurde.

Arbeitnehmerschutz

Heinrich Brauns Leitidee war es, die Arbeit nicht als Ware zu behandeln, sondern den „arbeitenden Menschen als solchen zu erfassen und seine Eingliederung und Stellung im Wirtschafts- und Rechtsleben menschlich zu ordnen“ (Brauns: Katholische Sozialpolitik, 1976). Unter seiner Ägide wurden der Arbeitnehmerschutz und die Sozialversicherung weiterentwickelt; arbeitsmarktpolitische Gesetze (z.B. Arbeitsvermittlung) sowie Ausbau des Schlichtungswesens, der Arbeitsgerichte und der Sozialfürsorge rundeten die Reformarbeiten ab.

Enzyklika *Quadragesimo anno*, Nr. 79: „Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch nehmen zu wollen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung. Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär: sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.“



Kolpings Wandernde Gesellen (KWG) beim Kolpingtag 1933.
Foto: Archiv

Zum 40. Jahrestag von „Rerum novarum“ erschien die wohl bedeutendste Sozialenzyklika: „Quadragesimo anno“ von Pius XI. (1931). Das Prinzip des solidarischen Gesellschaftsaufbaus wird entfaltet und über die Arbeiterfrage hinaus auf die gesamte staatliche Ordnung angewandt. Zustände- und Gesinnungsreform werden angeordnet. Der individualistische Geist im Gefolge der Französischen Revolution habe die alte Gliederung der Gesellschaft zerschlagen, ohne eine neue zuzulassen. Damit seien politische und wirtschaftliche Kräfte rücksichtslos entfesselt worden, wodurch dem Staat wie dem einzelnen zuviele Aufgaben aufgeladen worden seien. Diesem Zustand sei der „höchst gewichtige“ Grundsatz der Subsidiarität entgegenzuhalten: Zwischen dem Staat und dem Einzelnen müssen die natürlichen Gliederungen zugelassen und gefördert werden, die je nach Vermögen die notwendigen Gemeinschaftsaufgaben übernehmen (siehe Kasten Seite 20). Die Überwindung der Klassengesellschaft verspricht sich die Kirche von den Berufsständen. Die Enzyklika betont hinsichtlich der berufsständischen Körperschaften (Nr. 85), „die Menschen haben die volle

Freiheit, eine Form nach ihrem Gefallen zu wählen, wenn nur der Gerechtigkeit und den Erfordernissen des Gemeinwohls Genüge getan wird“. Sozialistische Klassenkampf- und Kollektivierungs-ideen werden ebenso ausgeschlossen wie faschistische Korporationsideologien.

Die Enzyklika war 1930/31 im „Königswinterer Kreis“, einer losen Verbindung katholischer Sozialwissenschaftler, vorbereitet worden. Neben Gustav Gundlach SJ und Oswald von Nell-Breuning SJ gehörten u. a. Theodor Brauer, Götz Briefs, Paul Jostock und Heinrich Rommen dazu, die aber alle nicht wussten, dass die Jesuiten von Pius XI. als Redakteure einer Enzyklika berufen waren.

Wegen der Machtergreifung der Nationalsozialisten und dem II. Weltkrieg konnte die Enzyklika erst nach 1945 Wirkung entfalten.

Frau und Politik

Zu den Gliederungen, die dem Gemeinwohl dienen, zählten die katholischen Verbände. Nachdem das Recht auf allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl durchgesetzt war, stand speziell den Frauen neben der sozialen Arbeit auch das Feld der Poli-

tik offen. Helene Weber (1881–1962) hatte als Tochter eines Volksschullehrers in Elberfeld selbst eine Ausbildung zur Gymnasiallehrerin genossen. Seit 1911 in Köln tätig, engagierte sie sich nebenher im Katholischen deutschen Frauenbund für die Schulung von Arbeiterinnen. Sie war so erfolgreich, dass der Frauenbund 1916 eine Soziale Frauenschule gründete und ihr die Leitung übertrug. Im gleichen Jahr war sie Mitgründerin des Berufsverbandes katholischer Fürsorgerinnen, dessen Vorsitzende sie wurde. 1919 gehörte sie der Nationalversammlung an, ab 1924 saß sie im Reichstag. Mit Christine Teusch, gleichfalls Lehrerin und erste Frauen-Verbandssekretärin im Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, zählte sie zu der handvoll weiblicher Zentrumsabgeordneter; 1925 kam sie in den Parteivorstand. Ihre Kenntnisse und Erfahrungen führten sie in das preußische Wohlfahrtsministerium, dem Adam Stegerwald als Minister vorstand. Jugendfürsorge und das berufliche Fortkommen der Frauen waren hier ihre Schwerpunkte. Im März 1933 votierte sie in einer Probeabstimmung des Zentrums mit Christine Teusch und Heinrich Brüning gegen das Ermächtigungsge-

setz, beugte sich aber wie die anderen bei der Reichstagsabstimmung der Fraktionsdisziplin. Als „politisch unzuverlässig“ wurde sie im Sommer 1933 aus dem Beamtenamt entlassen, später klagte sie, dass sie sich nicht alle „wie eine Mauer gegen den Nationalsozialismus“ gestellt hätten.

Widerstand

Zu den bedeutenden katholischen Vereinen dieser Zeit gehört der Verband der Katholischen Arbeiter- und Knapenvereine Westdeutschlands. Verbandssekretär Bernhard Letterhaus (1894–1944) war ein politisches Talent. Der Textilfacharbeiter aus Barmen, der gerne Priester geworden wäre, musste mit zwanzig Jahren in den Krieg, aus dem er wohl als Patriot, aber als Anti-Nationalist zurückkehrte. Ab 1928 war er Mitglied des Preußischen Landtags (Zentrum), wo er gegen Kommunisten und Nationalsozialisten stritt. Auf dem Katholikentag in Münster 1930 warnte er vor „dem falschen Kreuz“ und versuchte erfolglos, eine „Volksfront“ aus christlichen Gewerkschaften, katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen gegen die SA zu schmieden. Als Hitler 1933 Reichskanzler wurde, beschwor Letterhaus die Zen-

22 Zwischenzeit

trumsfraktion zur Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes. Prälat Ludwig Kaas erklärte jedoch für die Zentrumsfraktion, angesichts der „brennenden Not“ von Volk und Staat reiche die Zentrumsparlei „in dieser Stunde allen, auch früheren Gegnern, die Hand, um die Fortführung des nationalen Rettungswerkes zu sichern“. Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt, Gewerkschaftsführer verhaftet, das Vermögen beschlagnahmt. Die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) wurde als Zwangsvereinigung der Arbeitnehmer und Unternehmer eingerichtet. In diese Zeit fiel der Abschluss des Konkordats der Katholischen Kirche mit dem Deutschen Reich (20. Juli). Die katholische Kirche knüpfte an das Konkordat die Hoffnung, ihre Existenz im Staat sichern zu können. Auch im Falle des Reichskonkordats hatte Letterhaus vergeblich versucht, über hohe Geistliche zu intervenieren. Er sah in dem Vertrag weniger den Schutz der Kirche als vielmehr eine Aufwertung der NS-Regierung.

Trotz Repressalien wirkte Letterhaus für die katholischen Arbeitervereine, durch die im Herbst 1938 verbotene Verbandszeitschrift „Ketteler-Wacht“, bis er 1939 kurz vor Entfesselung des II. Weltkrieges einberufen wurde. Durch Jakob Kaiser hatte er – wie die Verbandskollegen Nikolaus Groß und Prälat Otto Müller – Kontakt zu Widerstandskreisen. Nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurden Letterhaus und Groß verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet; Otto Müller starb im Polizeigewahrsam. Auf der ersten Versammlung christlicher Politiker und Arbeiterführer nach Kriegsende am 17. Juni 1945 im Kölner Kolpinghaus gedachte man ihrer als Blutzeugen.

Jahr	Technik, Wirtschaft, Parteien	Politik und Geistesleben
1916	Haber-Bosch-Verfahren: Stickstoffgewinnung für Sprengstoffproduktion Grundsatzprogramm des Deutschen Arbeiterkongresses: u.a. Wahlrechtsreform gefordert	Sozialversicherung: Erhöhung der Hinterbliebenenrenten; Hilfsdienstgesetz: Hilfsdienstpflicht der Männer, Betriebsverfassung und Arbeitsvertragsrecht, Koalitionsfreiheit, paritätische Ausschüsse
1917	Richtungsgewerkschaften bilden „Volksbund für Freiheit und Vaterland“, treten für Verständigungsfrieden ein; Massenstreiks	Friedensresolution der Reichstagsmehrheit im Sinne M. Erzbergers; Georg von Hertling, erster vom Zentrum gestellter Reichskanzler, Wahlrechtsreform, Kriegseintritt der USA; Russische Oktoberrevolution
1918	Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften vereinbaren Zentralarbeitsgemeinschaft; Christl. Gewerkschaften: Frauensekretariat, Ltg. Christine Teusch; Jugendabt., Ltg. Jakob Kaiser Gründung der KPD (Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg); Nobelpreise für Max Planck (Physik) und Fritz Haber (Chemie)	Streik, Meuterei und Revolution, Abdankung des Kaisers, Ausrufung der Deutschen Republik in Berlin (9. November); Waffenstillstand Wirtschaftsgesetze der Volksbeauftragten: 8-Stundentag, Arbeitslosenunterstützung, Tarifverträge Thomas Mann: <i>Betrachtungen eines Unpolitischen</i>
1919	Deutscher Gewerkschaftsbund (nicht-sozialistisch); Neudeutschland (ND): Kath. männl. Schüler höherer Lehranstalten	Versailler Vertrag (tritt 1920 in Kraft); Nationalversammlung in Weimar beschließt Reichsverfassung, Georg von Hertling †
1920	Gründung der Int. Vereinigung der Christl. Gewerkschaften; 10. Kongress der Christl. Gewerkschaften in Essen, Stegerwald-Rede	Betriebsrätegesetz (9.2.); Heinrich Brauns Arbeitsminister (ab Juni): Schlichtungsordnung, Arbeitszeitverordnung; Kapp-Putsch in Berlin
1921/22	Görlitzer Programm der SPD: Bekenntnis zur demokratischen Republik	Franz Hitze † Pius XI. (1922–1939)
1923/24	Inflation: 1 Pfd. Brot kostet 260 Mrd. Papiermark, Währungsreform: Rentenmark, Einführung der Reichsmark	Arbeitszeitordnung Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen; Hitler-Putsch in München
1925	Hitler gründet im Münchner Bürgerbräukeller die NSDAP neu (nach zeitweiligem Verbot)	Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund (8. 9.) Enzyklika über Königsherrschaft Christi, Pius XI.
1926/27		Arbeitsgerichtsgesetz; Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
1928/29	Weltwirtschaftskrise; Prälat Ludwig Kaas: Vorsitz der Zentrumsparlei, Stegerwald: Vorsitz der Zentrumsfraktion im Reichstag	Bertolt Brecht: <i>Die Dreigroschenoper</i> Alfred Döblin: <i>Berlin Alexanderplatz</i>
1930		Bruch der Weimarer Koalition von SPD und Zentrum u.a.; Minderheitskabinett H. Brüning (Zentrum); Notverordnungen des Reichspräsidenten
1931/32	Vorstand des Gesamtverbandes der Christl. Gewerkschaften: „Nationalsozialismus verstößt gegen die christl. Weltanschauung“; Bankenkrach: Schließung der Banken und Börsen, 6 Mio. Arbeitslose	Enzyklika <i>Quadragesimo anno</i> über die christliche Gesellschaftsordnung, Pius XI. Rücktritt von Reichskanzler H. Brüning, F. von Papen bildet „Kabinett der nationalen Konzentration“
1933	Essener Richtlinien der Christl. Gewerkschaften fordern berufsständische Ordnung gegen Klassenkampf (17.3.), Zerschlagung der Gewerkschaften (2.5.), Selbstauflösung der bürgerlichen Parteien, Verbot der SPD (22.6.), NSDAP einzige Partei (14.7.)	Hindenburg beruft Hitler zum Reichskanzler Reichstagsbrand in Berlin (27.2.), erste Konzentrationslager, letzte freie Reichstagswahlen (5.3.), Bildung der GESTAPO, Ermächtigungsgesetz (24.3.), Boykott jüd. Geschäfte (1.4.), Bücherverbrennungen (10.5.), Deutsche Arbeitsfront (DAF); Konkordat (20.7.)
1935	Augustinusverein (kath. Presse) aufgelöst	
1937		Enzykliken Pius' XI.: <i>Mit brennender Sorge</i> gegen Nationalsozialismus, <i>Divini Redemptoris</i> gegen Kommunismus
1938		„Anschluss“ Österreichs, Sudetenkrise Reichspogromnacht (9.11.)
1939		Überfall Hitlers auf Polen, Entfesselung des Zweiten Weltkriegs (1.9.1939) Pius XII. (1939–1958)
1944	Erster Einsatz von Düsenflugzeugen und Raketingeschossen	Hitlerattentat missglückt (20.7.): Verhaftungen und Hinrichtungen Weihnachtsbotschaft <i>Benignitas</i> Pius' XII. über die Demokratie
1945	Abwurf us-amerik. Atombomben über Japan	Bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches (8.5.); Gründung der UN



Kolpinger ziehen 1949 beim Kolpingtag durch das zerstörte Köln.

Foto: Archiv

6. Keine Stunde Null

Politischer Neuanfang aus christlichen Wurzeln

Die nationalsozialistische Herrschaft endete mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945. Das Deutsche Reich wird von den Alliierten besetzt und in vier Zonen aufgeteilt.

Die ersten Monate stehen im Zeichen der Vergeltung. Auf der Potsdamer Konferenz einigen sich die Siegermächte auf den Umgang mit Deutschland: alliierte Kontrolle der deutschen Verwaltung, Dezentralisierung der Wirtschaft, Entmilitarisierung und Entnazifizierung.

Kriegsfolgen

In Nürnberg wird ein Internationales Militärtribunal eingerichtet, das 22 Hauptkriegsverbrecher zur Rechenschaft zieht. Industrieanlagen werden demontiert, Kohle- und Stahlreviere ausgebeutet – zum einen als Reparationsleistungen, zum anderen mit dem

Ziel der dauerhaften wirtschaftlichen und politischen Entmachtung Deutschlands.

Die Gewaltherrschaft Hitlers hatte Millionen Opfer gefordert: Juden, Sinti und Roma, Behinderte, politische Gegner wie Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen.

Im Zweiten Weltkrieg wurden rund 55 Millionen (Mio.) Menschenleben vernichtet, darunter 20,6 Mio. Sowjetbürger, 4,25 Mio. Polen, rund 2,5 Mio. Bewohner des Balkan, hunderttausende Franzosen, Briten und Amerikaner. Sechs Mio. Juden waren umgebracht worden.

Deutschland hatte 5,25 Mio. Menschen verloren, 1,7 Mio. gerieten in Kriegsgefangenschaft. Die Mehrzahl der großen Städte war zerstört, ein Viertel des Reiches wurde unter polnische bzw. sowjetische Verwaltung gestellt, fast zwölf Mio. Vertriebene strömten nach Mittel- und Westdeutschland.

40 Prozent der Bevölkerung bekamen als Witwen oder Waisen, Invalide, Ausgebombte, Flüchtlinge oder Heimatvertriebene die unmittelbaren Kriegsfolgen am eigenen Leib zu spüren.

Das wirtschaftliche, soziale und politische Leben war in einem katastrophalen Zustand: Wohnungsnot, Rationierung der Lebensmittel und Unterernährung, Zerstörung vieler Familien, Heimatlosigkeit, geistige Orientierungslosigkeit, Angst vor einer Zukunft unter Fremdherrschaft.

Christliche Werte

Die Suche nach einer gerechten und humanen Nachkriegsordnung begann nicht erst nach dem Zusammenbruch. Verschiedene Widerstandskreise hatten schon in den frühen 1940er Jahren über eine Neuordnung debattiert.

Der 1944 von den Nazis ermordete Nikolaus Groß wandte sich mit anderen katholischen Arbeiterführern und Gewerkschaftern des Ketteler-Hauses an die Dominikaner des Klosters Walberberg bei Köln, um Rat bezüglich der ethischen Grundlagen einer christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung einzuholen.

Zur Kölner Gruppe gehörten neben Groß u.a. Karl Arnold (Kolpingmitglied), Johannes Albers (später Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU) und Andreas Hermes (ehem. Reichsminister).

Sie hatten Verbindung zu den katholischen Widerständlern aus Berlin Bernhard Letterhaus (mit Groß 1944 hingerichtet) und Jakob Kaiser (Kolpingmitglied, später Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen), ebenso zum sozialdemokratischen Gewerkschafter Wilhelm Leuschner (1944 hingerichtet) und zu Eugen Gers-

Kolping-Mitglied Karl Arnold war der erste gewählte Ministerpräsident des neugebildeten Nordrhein-Westfalen.

Foto: Archiv



tenmaier (ev. Theologe, später Bundestagspräsident).

Gemeinschaft und Einzelmensch

Pater Eberhard Welty entwickelte in Diskussionen mit den Kölner Arbeiterführern ordnungstheoretische Leitlinien, die von der päpstlichen Soziallehre (u.a. „Quadragesimo anno“, 1931) geprägt waren. Der Westfale Welty (1902-1965) war schon jung Dozent für Ethik und Moraltheologie an der Ordenshochschule in Walberberg, parallel promovierte er an der Universität zu Köln mit der Arbeit „Gemeinschaft und Einzelmensch“ (1935).

Ihre Kernthese ist die organische Verbindung des Einzelnen mit dem Ganzen der Gemeinschaft. „Richtung- und maßgebend sind das Wohl und die Erfordernisse des Ganzen. Vom Ganzen her werden Stellung und Tätigkeit der Einzelnen bestimmt.“ Welty wandte sich gegen den Individualismus der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Selbst der christliche Solidarisismus der von Heinrich Pesch geprägten Schule der Jesuiten (O. von Nell-Breuning, G. Gundlach) war ihm zu individualistisch.

Demgegenüber leiteten die Walberberger Dominikaner die Gemeinschaftsbezogenheit aus der Lehre des Thomas von

Aquin ab. Mit dieser sozialphilosophischen Begründung konnten sie sich auch deutlich vom Nationalsozialismus wie vom marxistischen Kollektivismus abgrenzen.

Die Vorstellungen einer christlich-sozialen Neuordnung der Gesellschaft wurden nach Kriegsende unter dem Titel „Was nun“ gedruckt. Zusammen mit der Erweiterung von 1946, „Die Entscheidung in die Zukunft“ enthielt die Broschüre die wichtigsten sozialethischen Leitlinien der Christlich-Sozialen nach dem II. Weltkrieg.

Partei aus dem Kolpinghaus

Im Kölner Kolpinghaus trafen sich am 17. Juni 1945 christliche Gewerkschafter und ehemalige Zentrumsmitglieder zur Gründung einer neuen Partei. Alle 18 Teilnehmer waren katholisch, die Hälfte waren Kolpingmitglieder, unter anderen Dr. Leo Schwing, Dr. Karl Zimmermann, Bernhard Günther und Clemens Hastrich.

Die Broschüre Weltys wurde allen ausgehändigt, um den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, Programmatik und Ausrichtung der Partei, zu debattieren. Unabhängig von den Kölnern war schon tags zuvor in Berlin von Andreas Hermes und Jakob Kaiser die erste christlich-demokratische überkonfessionelle Partei

gegründet worden. Eine Welle von derartigen Parteigründungen ging durch das Land. Die neue Partei hatte verschiedene Prägungen und war zumeist in der Zeit des Dritten Reichs konspirativ vorbereitet worden, Schwing sprach vom „Katakombengeist“.

Gegen Materialismus

Gemeinsam war allen die Ablehnung des Materialismus sowohl im Sinne des Kapitalismus als des Marxismus und der Wille, die neue Ordnung christlich zu begründen. Christlich hieß nicht mehr nur katholisch, sondern überkonfessionell, so wie es schon Julius Bachem 1906 („Wir müssen aus dem Turm heraus“) und Adam Stegerwald 1920 (Essen) gefordert hatten.

Die Gruppe der katholischen Arbeiterführer und Gewerkschafter verfocht im Einklang mit den Beratern aus dem Kloster Walberberg einen „christlichen Sozialismus“. Damit wurden die Ziele wie Bedarfsdeckungswirtschaft, genossenschaftliche Organisation, Mitbestimmung, Sozialisierung von Produktionsmitteln korrekt umrissen. Die „Kölner Leitsätze“ vom Juni 1945, das Programm der frisch gegründeten „Christlichen Demokraten Kölns“, und das „Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm“ der CDU der britischen Zone vom Februar 1947 nahmen diese Ordnungsvorstellungen auf. Die christlichen Arbeiter meinten - wie manche katholische Intellektuelle - das konservativ-liberale Bürgertum und der Kapitalismus lägen in den letzten Zügen, manche liebäugelten gar mit der Idee einer „Labour Party“ bzw. einer nichtmarxistischen Arbeiter- und Bauernpartei.

Dies scheiterte jedoch an der weiterhin antikirchlichen Ausrichtung der großen Mehrheit der Sozialdemokraten, die selbstbewusst an ihrer traditi-

onsreichen Partei anknüpften. Immerhin gelang 1947 die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes als Einheitsgewerkschaft, in der sich alle weltanschaulichen Richtungen zugunsten der Arbeiterrechte zusammenfinden sollten. Die hierin angelegten Spannungen brachen allerdings zum Nachteil der kleineren Gruppe christlicher Gewerkschafter immer wieder auf.

Karl Arnold (1901-1958), CDU-Gründer in Düsseldorf und der erste gewählte Ministerpräsident des neugebildeten Nordrhein-Westfalen, teilte die Befürchtung, dass angesichts der großen Not ohne Wirtschaftskontrolle die Gesellschaft in wenige Reiche und ein Heer von Proletariern gespalten würde.

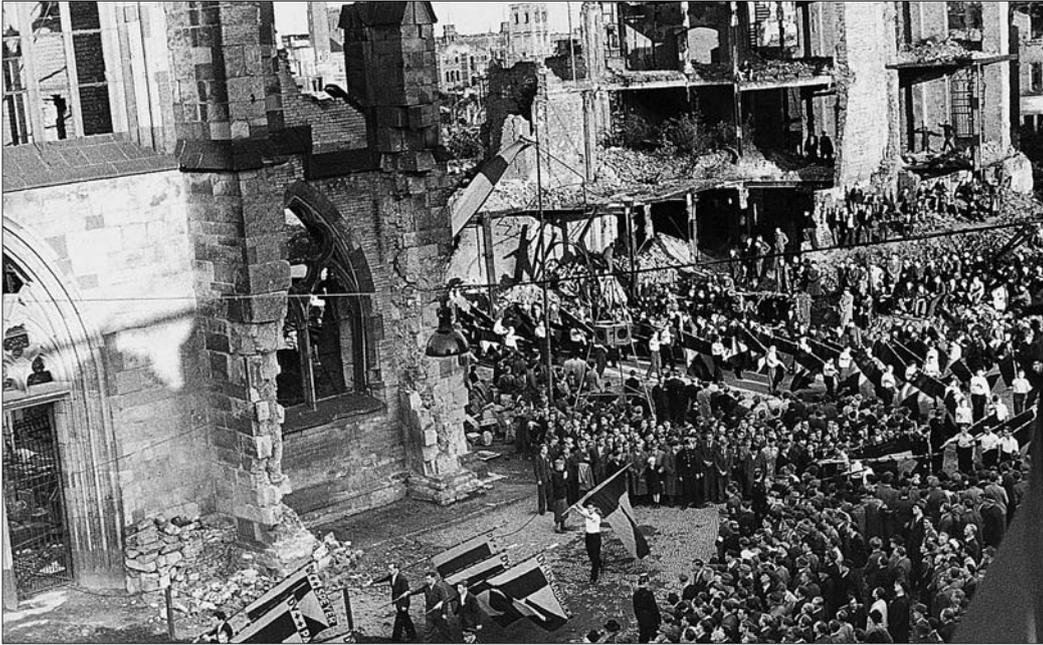
Bei der schwierigen Bildung der ersten Großen Koalition in NRW 1947 mit SPD, Zentrum und Kommunisten konnte er sich gegen die Vorbehalte des zwar die katholische Sozialethik schätzenden, aber liberalbürgerlichen Konrad Adenauers durchsetzen.

Christliche Union

Die zahlreichen Parteigruppierungen einigten sich Ende 1945 auf den gemeinsamen Namen „Christlich Demokratische Union Deutschlands“. Bleibende Ausnahme war die gleichfalls überkonfessionell ausgerichtete „Christlich Soziale Union“ Bayerns, zu deren Gründern in Würzburg Adam Stegerwald gehörte.

Die im Oktober 1945 in Soest/Westfalen neugegründete Deutsche Zentrumsparterie hatte als überlebte Form der (praktisch überwiegend) katholischen Partei keine Chance mehr. Nach anfänglichen regionalen Erfolgen verlor sie bis Ende der 1950er Jahre ihre Anhängerschaft.

Die Union praktizierte von Anfang an die Idee der Volkspartei. Neben dem starken



Flügel der christlichen Gewerkschafter fanden sich der politische Katholizismus bürgerlicher Herkunft, der eher deutsch-nationale Protestantismus sowie Teile des liberalen Bürgertums. Wie das alte Zentrum schichtenübergreifend die Katholiken an sich binden konnte, so gelang es den Unionsparteien, die Kräfte zu sammeln, die ungeachtet der Herkunft und Konfession nach christlichen Wertvorstellungen Politik betreiben wollten.

In der sowjetischen Zone hatte die christliche Partei keine Chance, die politische und wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen. Sehr schnell waren die Vertreter des sozialen Katholizismus verfeindet. Jakob Kaiser saß schließlich einer Exil-CDU vor, während die Ost-CDU sich mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung arrangierte.

Der ehemalige Zentrums- politiker, Katholikentagspräsident und Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer (1876–1967) hatte der Neugründung zunächst abwartend gegenübergestanden, ließ sich aber im September in den Vorstand der Christlichen Demokraten Kölns wählen. Nach einem knapp drei Monate währenden Verbot politischer

Betätigung durch die britische Militärregierung begann Adenauer ab Dezember 1945 seine parteipolitische Karriere, stets bemüht, den Charakter der CDU als Volkspartei auszubauen. Dazu gehörte seine Ablehnung des „christlichen Sozialismus“ und die entsprechende Auseinandersetzung mit den katholischen Arbeiterführern Arnold, Albers und Kaiser.

Mit der von Ludwig Erhard (1897–1977) vorbereiteten Währungsreform, die ein maßgeblicher Teil der von den Westalliierten durchgesetzten Wirtschaftsreform war, begann ab Juni 1948 die Abkehr von planwirtschaftlichen und die Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Ideen.

In den „Düsseldorfer Leitsätzen“ der CDU (1949) fand die Kombination von freiem Wirtschaften und sozialpolitischer Flankierung schließlich die Mehrheit der Partei. Adenauer gewann den parteilosen Erhard, dessen Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ die Spannung von Liberalismus und Gemeinwohlbindung in ein fruchtbares Gleichgewicht brachte. Die Kernforderungen der katholischen Sozialethik wie Solidarität, Subsidiarität, Überwin-

nung der Klassengesellschaft durch „Wohlstand für alle“ fanden sich hier als tragende Säulen für die Lösung der sozialen Frage und für eine produktive Wirtschaftsordnung wieder.

Der katholische Beitrag

Der Verbände-Katholizismus, der fast 100 Jahre eine wesentliche Rolle gespielt hatte, zog sich in den vorpolitischen Raum zurück. Der Wiederaufbau des kirchlichen Lebens war stark an die Pfarrei und Diözese gebunden und entsprach so eher dem Bedürfnis der Orientierungssuche und des innerlichen Glaubenslebens.

Die neuen christlichen Parteien verschufen sich einen eigenen Unterbau, zumal sie sich auf einen konfessionellen Beistand – wie durch den „Volksverein für das katholische Deutschland“ – nicht mehr hätten stützen können. Gleichwohl waren kirchlich gebundene Kreise bis Anfang der 1970er Jahre eine verlässliche Wählerschaft der Unionsparteien.

Der politische Katholizismus, der sich nach 1945 vorzugsweise in der CDU/CSU sammelte, konnte seine christ-

Oben: Konrad Adenauer
Mitte: Aenne Brauksiepe
Links: die zerstörte Minoritenkirche in Köln.

Fotos: Archiv

lichen Wertvorstellungen auf innen- und außenpolitischem Gebiet fruchtbar machen. Der Parlamentarische Rat unter Vorsitz Adenauers verabschiedete am 8. Mai 1949 in Bonn ein Grundgesetz, in dem viele Forderungen der Kirche verwirklicht wurden.

Die Aussöhnung mit den europäischen Nachbarn sowie mit Israel basierte auf dem christlichen Schuldverständnis und Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft. Der soziale Katholizismus schlug sich nicht nur in dem Beharren auf eine theoretische Sozialbindung des Kapitals nieder, sondern in einer Reihe maßgeblicher Gesetze von Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich für Heimatvertriebene und die so genannte dynamische Rente über Montanmitbestimmung, Betriebsverfassung, Kündigungsschutz, Mutterschutz, Kindergeld usw.

Auf anderen Feldern erwies sich der katholische Standpunkt als eher hinderlich: Die Gleichberechtigung von Mann

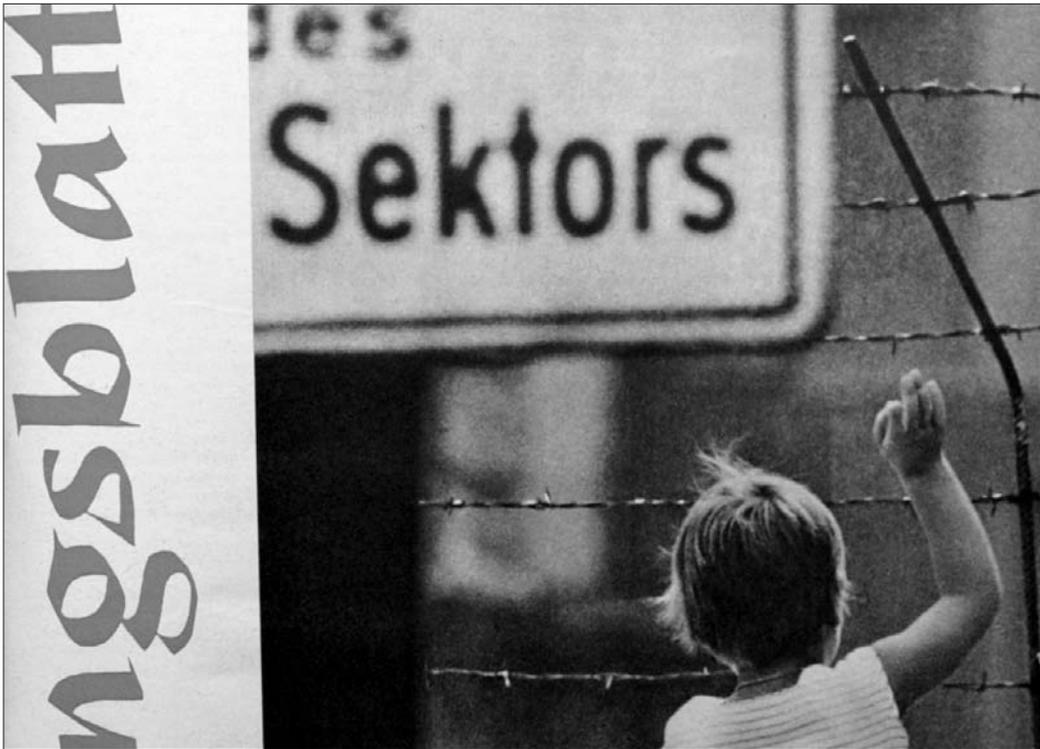
und Frau gehörte zwar zum Grundrechtskatalog, die Durchsetzung in einfaches Recht kostete allerdings viel Energie.

Während Helene Weber noch die klassische Unterordnung der Frau unter das männliche Oberhaupt der Familie akzeptierte, ging die nächste Generation doch weiter. Mit Vehemenz vertrat Aenne Brauksiepe (1912–1997) ein partnerschaftliches Verständnis, denn „die Last der Geschichte ist Männern und Frauen gleichermaßen auferlegt“. Sie selbst war Mitgründerin der CDU in Duisburg, nachdem sie als Erzieherin behinderter Kinder und engagiert in der katholischen Frauenbewegung praktische soziale Arbeit geleistet hatte. In ihrer 24 Jahre währenden Arbeit als Bundestagsabgeordnete widmete sie sich vor allem den Belangen der Jugend, der Familie und der Frauen, denen die Gestaltung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ermöglicht werden sollte.

Fast zwei Jahrzehnte lang wurde die christlich-demokratische und soziale Politik von der Mehrheit der Bürger bestätigt. Die neue Sammlungspartei der christlichen Kräfte hatte den Nerv der Nachkriegszeit getroffen, die wirtschaftliche sowie innen- und außenpolitische Bilanz waren anerkannt. Die Erfolgskurve begann zu bröckeln, als der patriarchalische Stil der „Kanzlerdemokratie“ sich überlebte.

Die SPD schloss mit ihrer Vergangenheit als Klassenpartei ab und schlug mit dem „Godesberger Programm“ 1959 das Kapitel der Volkspartei auf. Die katholische Kirche öffnete sich nach gut 15 Jahren demokratischer Nachkriegsordnung der pluralistischen Welt. Papst Johannes XXIII. gab der Eigenverantwortung der Katholiken mehr Raum denn je. Der politische und soziale Katholizismus trat in eine neue Phase.

Jahr	Technik, Wirtschaft, Parteiungen	Politik und Geistesleben
1945	Demontage von Industrie, Enteignung von Kohle- und Stahlindustrie Gründung überkonfessioneller christlich-demokratischer Parteigruppierungen, Godesberger Reichstreffen: Einigung auf Parteinamen „Christlich Demokratische Union Deutschlands“ (Dezember)	Bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches (8.5.), oberste Regierungsgewalt liegt beim „Alliierten Kontrollrat“ (ab 5.6.) „Nürnberger Prozesse“ (18.10.45–1.10.46); Aufhebung nationalsozialistischer Gesetze Adam Stegerwald †
1946	Gründungskongress FDGB in SBZ Eingliederung des Saarlandes in franz. Wirtschaftsgebiet	Zusammenschluss von KPD und SPD zu SED in SBZ (21./22.4.)
1947	„Ahlemer Programm“ der CDU (1.–3.2.): „Überwindung von Kapitalismus und Marxismus“ Gründung DGB brit. Zone, Bildung des Wirtschaftsrates der Bizone Gründung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend	Auflösung Preußens durch Kontrollratsgesetz (25.2.); „Marshall-Plan“ Aufbauprogramm für Europa, einschl. Deutschlands Deutscher Volkskongress in Ost-Berlin Schriftsteller gründen „Gruppe 47“, Wolfgang Borchert † (<i>Draußen vor der Tür</i>)
1948	Streiks wegen schlechter Versorgungslage, Währungsreform in den Westzonen (20./21.6.), L. Erhard: „Soziale Marktwirtschaft“ H. Weber: 1. Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft CDU/CSU 72. Dt. Katholikentag in Mainz (der erste seit 1932); Gründung der „Gesellschaft kath. Publizisten Deutschlands“	Berlin-Blockade und „Luftbrücke“ (bis 1949) Konstituierung des Parlamentarischen Rates in Bonn (berät Grundgesetz) Verfassung der EKD als öffentlich-rechtliche Vereinigung der ev. Kirchen aller Zonen, Vorsitz: Martin Niemöller
1949	Petersburger Abkommen beendet Demontagen „Düsseldorfer Leitsätze“ der CDU DGB als Einheitsgewerkschaft (im Gegensatz zu Richtungsgewerkschaft) „Arbeitsgemeinschaft kirchliche Presse“	Tarifvertragsgesetz, Soforthilfe Grundgesetz (8.5.) und Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland, 1. Bundestagswahl am 14.8.: Konrad Adenauer Bundeskanzler Verfassung der SBZ (19.3.), Gründung der DDR (7.10.)
1950	Gründung der Bundes-CDU mit Adenauer als Vorsitzenden Charta der Heimatvertriebenen	Wohnungsbau, Bundesversorgung (Kriegsopfer) DDR: Gesetz der Arbeit Heinrich Böll: <i>Wanderer kommst du nach Spa...</i>
1951	Montanunion, Berliner Abkommen zum Interzonenhandel, Aufhebung des Ruhrstatuts Exil-CDU der SBZ, J. Kaiser: 1. Vorsitzender; Ost-CDU: „Thesen des Christlichen Realismus“ (sozialistische Gesellschaftsordnung)	Selbstverwaltung der Sozialversicherung, Montanmitbestimmung, Kündigungsschutz Westalliierte: formelle Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland
1952	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU DDR: Beginn der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft (bis 1960)	Mindestarbeitsbedingungen, Mutterschutz, Wohnbausparer, Lastenausgleichsgesetz, Betriebsverfassung Stalin-Note (Wiedervereinigung); Deutschlandvertrag zwischen Bundesrepublik und den drei Westmächten Wiedergutmachungsabkommen mit Israel
1953/54	Kath. Nachrichtenagentur (KNA)	Schwerbeschädigtengesetz, Sozialgericht, Arbeitsgericht, Kindergeldgesetz Josef Stalin †, Volksaufstand in Berlin und DDR
1955	Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (CGB) in Essen erste „Jugendweihe“ in der DDR, gegen Kirchenbindung gerichtet	Personalvertretungsgesetz Sowjetunion: formelle Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland; Warschauer Pakt Hallstein-Doktrin; Bundesrepublik Deutschland souverän (5.5.), BRD wird NATO-Mitglied Thomas Mann †
1956		Wehrpflichtgesetz Suez-Krise, Ungarnaufstand Bertolt Brecht †
1957	Bund der Vertriebenen Römische Verträge (EWG, EURATOM) erster Satellit („Sputnik“), Sowjetunion	dynamische Rente, Gleichberechtigung Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik (Abstimmung 1955) Eisenhower-Doktrin
1958	DDR: Abschaffung der Lebensmittelkarten, Festlegung der Preise für Grundbedarf	Atomwaffentaugliche Trägersysteme für Bundeswehr; sowj. Berlin-Ultimatum unter Chruschtschow J. R. Becher † (DDR-Hymne <i>Auferstanden aus Ruinen</i>) Papst Johannes XXIII. (1958 bis 1963)
1959–61	Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) in Mainz „Godesberger Programm“ der SPD Privatisierung des Volkswagenwerkes	Arbeitslosenversicherung, Bundessozialhilfe, Vermögensbildung für Arbeitnehmer, Jugendwohlfahrt Mauerbau, Berlinbesuch von J.F. Kennedy (1961) Enzyklika <i>Mater et Magistra</i> , Johannes XXIII.



Im November 1961 schaut das Kolpingblatt – noch unter altem Namen – auf den Beginn der fast 30 Jahre währenden strikten Trennung von Ost- und Westdeutschland durch die Berliner Mauer.

Foto: Hölting

Freiheit

7. Das Recht auf Freiheit

Wohlstand, Sicherheit und Unruhe

Die junge Bundesrepublik Deutschland war nach fünfzehn Jahren als sozialer und demokratischer Rechtsstaat fest in der westlichen Wertegemeinschaft verankert. Der Wiederaufbau war durch grundlegende politische Entscheidungen der ersten Jahre und durch Fleiß und Gemeinsinn der Bevölkerung rascher gelungen als je erhofft werden konnte.

Maßgeblichen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg wie an der politischen Stabilisierung hatten der „Marshallplan“, aber auch die Nothilfen der US-Amerikaner und anderer Länder. Im sowjetisch besetzten Teil des Landes wurde hingegen mit Enteignung und Kollektivierung der planwirtschaftliche Weg erzwungen. Die Welle von Flüchtlingen

wurde durch den Bau der Berliner Mauer und entsprechende Sicherungen der Zonengrenze 1961 gestoppt. Die Amerikaner zogen mit Panzern in der Berliner Westzone auf, beließen es aber aus Sorge vor einem Kriegsausbruch bei der Drohgebärde.

Die Katholiken in Westdeutschland fanden sich erstmals seit der Säkularisation von 1803 als gleichberechtigte Bürger ihres Staates wieder. Sie stellten führende Politiker und konnten mit ihren sozialetischen Überzeugungen über die eigene konfessionelle Gemeinschaft hinweg politische Mehrheiten gewinnen.

Damit löste sich zugleich der 150-jährige Druck, der eine Minderheit zu besonderer Einheit zusammenschweißte. Hatte es auch früher heftige

Auseinandersetzungen um den „wahren“ katholischen Standpunkt gegeben, so war das Bewusstsein des katholischen Milieus davon unberührt geblieben.

War dieses Milieu Anfang der 1960er Jahre noch relativ stabil, so löste es sich im Laufe der folgenden zwei Jahrzehnte auf. Die Pluralisierung, die Vielfalt gesellschaftlicher, politischer und weltanschaulicher Überzeugungen, breitete sich im säkularen wie im kirchlichen Leben aus.

Aggiornamento

Im Januar 1959, kurz nach seiner Erhebung zum Papst, kündigte Johannes XXIII. ein Konzil an. Die Botschaft der Kirche sollte in die Sprache und die Erfahrungswelt des

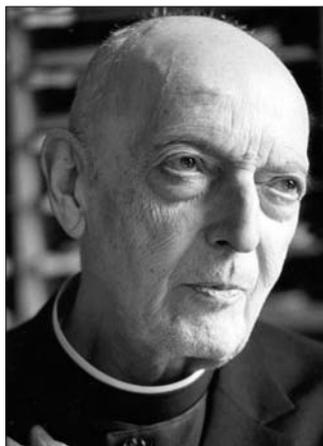
modernen Menschen, in das Hier und Heute übersetzt werden. Die Perspektive wechselte von einem eher statischen zu einem mehr dynamischen Verständnis von Kirche und griff damit eine allgemeine Bewegung des (westlichen) Lebensgefühls auf.

Technischer Fortschritt, internationale wirtschaftliche Verflechtungen und demokratische Entscheidungsverfahren änderten das Bewusstsein der Bürger und Gläubigen.

Die soziale Frage sprengte die nationalen Grenzen und erstreckte sich auf die Entwicklungsländer, die teilweise noch bis in die 1960er und 1970er Jahre als Kolonialländer unter Fremdherrschaft standen. Entwicklungsarbeit wurde als sozialetische Pflicht ausgerufen.

Oswald von Nell-Breuning.
Der Sozialethiker war von
1948 bis 1965 auch Berater
der westdeutschen Regie-
rung.

Foto: KNA



In seiner ersten Sozialenzyklika „Mater et Magistra“ (1959) schlug Johannes XXIII. bereits den neuen Ton an. Der abstrakte Ordnungsbegriff „Gemeinwohl“, sofern er sich auf eine formelhafte organische Einheit und ebensolche Definitionen der neuscholastischen Sozialdoktrin stützte, trat zurück und schob das „gesellschaftliche Leben“ in seinen konkreten Bezügen und seiner Vielgestaltigkeit nach vorne.

Es sei Aufgabe des Christen, dieses Leben, wie es ist, in Übereinstimmung mit der Lehre Jesu Christi zu gestalten. Der Kernsatz, der später im Konzilsdokument „Gaudium et spes“ wiederholt wird, lautet: „Der Mensch ist Ursprung, Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen.“

Die „relative Autonomie der Kultursachgebiete“ zieht die Verantwortung des Gewissens des einzelnen nach sich – selbstverständlich ist das gebildete, sich an den kirchlichen Maximen orientierende Gewissen gemeint.

Die Sachgesetzmäßigkeit wirtschaftlicher Regeln hatte schon Pius XI. in „Quadragesimo anno“ eingeräumt. Aus der Erkenntnis der Eigengesetzlichkeit weltlicher Abläufe wird nun in „Gaudium et spes“, im Kapitel über das Apostolat der Laien, die Rolle des Laien als Fachmann für politische, soziale, wissenschaftliche und technische Fragen, einschließlich deren

internationaler Dimension, gewürdigt.

Der Person, die das Richtige erkennen und tun, aber auch irren kann, werden nunmehr individuelle Menschenrechte zuerkannt. Nicht mehr der katholische Glaubensstaat ist das Ideal, vielmehr werden die Staaten aufgefordert, Glaubens- und Meinungsfreiheit zu garantieren sowie Teilhaberechte zu gewährleisten. Die Religionsfreiheit wird als Grundlage der Mission wie auch des friedlichen Nebeneinanders der Kirchen und Religionsgemeinschaften anerkannt.

Gerechtigkeit und Frieden

In der Kommission zum Laienapostolat saß Franz Hengsbach (1910-1991), der erste Bischof von Essen. Er war als Reformier im Zentralkomitee der deutschen Katholiken hervorgetreten, der nicht nur die alten eigenständigen Verbände, sondern vor allem die Laien der pfarrlichen und diözesanen Ebene einbinden wollte.

Der Bauernsohn aus dem Sauerland hatte seine erste Stelle während der Naziherrschaft in einer Bergarbeitersiedlung im Ruhrgebiet versehen, wo er sich der Katholischen Arbeiterbewegung anschloss. Zudem widmete er sich der Seelsorge eingewandelter, später auch zwangsrekrutierter Polen.

Auf dieser Erfahrung gründete sich sein späterer Einsatz

für die deutsch-polnische Aussöhnung. Nach dem Krieg propagierte er die Sozialpartnerschaft von Arbeitern und Unternehmern als Forderung der katholischen Soziallehre. Mitte der 1960er Jahre, als die ersten großen Zechen geschlossen wurden, stellte er sich schützend vor die Arbeiter.

Sie sollten nicht die Hauptlast der Umstrukturierungen tragen müssen. Immer wieder initiierte er Gespräche mit Unternehmern, Arbeitnehmervertretern und Politikern aller Parteien. Mit der evangelischen Kirche schloss er sich zwecks Sozialarbeit zusammen. Bei aller Ortsverbundenheit schaute er über den Ruhrpott hinaus und gründete mit „Adveniat“ die neben „Misereor“ erfolgreichste Spendenaktionen für die Entwicklungsarbeit – ganz im Sinne Johannes' XXIII. und Pauls VI.

Die Freiheit des Nestors

Als das II. Vatikanische Konzil 1965 von Paul VI. feierlich beendet wurde und statt eines verbindlichen Sozialkatechismus die Verantwortung der Laien in den Kultursachgebieten verkündet wurde, kommentierte Oswald von Nell-Breuning: „Pluralistische Gesellschaft und pluralistischer Staat sind hier einfach als Tatsache vorausgesetzt...“.

Daraus ergebe sich die Unterscheidung zwischen dem Handeln der Katholiken „im eigenen Namen als von ihrem Gewissen geleitete Staatsbürger“ und dem Handeln „im Verbund mit ihren Hirten im Namen der Kirche“.

Ersteres wurde im deutschen Sprachgebrauch dem politischen und sozialen Katholizismus zugeordnet. Die neue Soziallehre billigte damit die Vielzahl möglicher Auffassungen im sozialen und politischen Bereich und damit auch die Wahl des politischen Standorts.

Oswald von Nell-Breuning (1890-1991), wie Karl Marx in

Trier geboren, stieß bereits während seiner Studentenzeit auf die Soziale Frage. Mit 21 Jahren trat er in den damals verbotenen Jesuiten-Orden ein und hielt sich bis zur Aufhebung des Verbots zumeist in den Niederlanden auf.

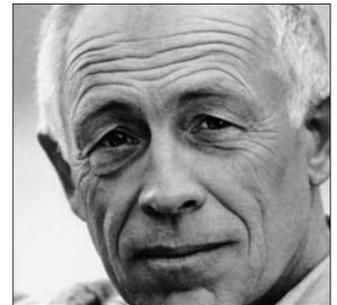
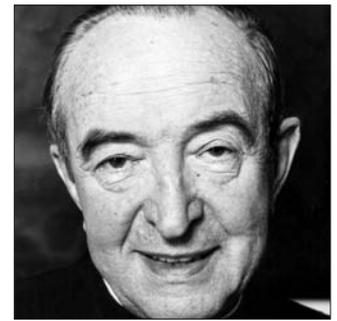
Nach seiner Promotion 1928 ging er als Professor für Moraltheologie und Gesellschaftswissenschaften an die Ordenshochschule Sankt Georgen bei Frankfurt. Die Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ Pius' XI. (1931), die er gemeinsam mit seinem Ordensbruder Gustav Gundlach entworfen hatte, konnte unter der Herrschaft der Nazis nicht wirksam werden.

Nach dem Krieg engagierte er sich in zahlreichen katholischen Vereinen, in Arbeitnehmerorganisationen, in Wirtschaftsverbänden sowie im Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums. Sein wichtigstes Ziel war es, die Marktwirtschaft mittels einer „leistungsgemeinschaftlichen Ordnung“ zu kanalisieren.

Mit Leidenschaft forderte er die Gleichberechtigung und Teilhabe der Arbeiter. In seinem Beitrag zum heftig umkämpften Thema „Kirche und Arbeiterschaft“ auf der Würzburger Synode (1975) zitierte er Pius XI., es sei ein „Skandal“, dass die Kirche aufgrund eigener schwerwiegender Versäumnisse die Arbeiter verloren habe. Noch heute werde die Arbeiterschaft verletzt, indem berechnete soziale Forderungen als atheistischer Sozialismus gebrandmarkt würden.

„Mehr Demokratie wagen“

Umgekehrt lobte er das Godesberger Programm (1959), mit dessen Hilfe die Sozialdemokraten begonnen hatten, sich von der Klassen- zur Volkspartei zu entwickeln. Es sei ein „kurzgefasstes Repetitorium der katholischen Soziallehre“.



Das Gespräch zwischen katholischen Sozialethikern und gemäßigten Sozialdemokraten war nie ganz verstummt. Im Zuge der Verbürgerlichung der SPD verstärkten sich diese Kontakte.

Aufsehen erregend und zum Unmut der katholischen Unionspolitiker veranstaltete die katholische Akademie in Bayern 1958 in München eine erste öffentliche Tagung mit führenden SPD-Funktionären zum Thema „Kirche und demokratischer Sozialismus“.

Gustav Gundlach fragte nach dem Platz, den die SPD der Kirche in der Gesellschaft einzuräumen bereit sei. Eine Antwort fand sich im Godesberger Programm und in späteren Reden Willy Brandts: Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer „freien Partnerschaft“ sei man stets bereit. Soziales Handeln und Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung aufgrund religiöser Bindung werde begrüßt.

Während die Katholiken der überkonfessionellen Unionsparteien ihrer Politik das christliche Menschenbild als selbstverständlich unterlegten und sich andererseits deutlich von Ansprüchen der Kirche

absetzen, um nicht den alten Klerikalismuskritik zu ernten, geriet sie bei einem Teil der Kirchenvertreter und Katholiken in die Kritik. Die Frage nach dem „C“ begleitet die Christdemokraten seit ihrer Gründung.

Hingegen wurden die Sozialdemokraten, nachdem sie Kirche und Religion nicht mehr feindlich gegenüberstanden, für Katholiken wählbar. Die Hirtenbriefe vor Bundes- und Landtagswahlen enthielten keine Negativliste mehr, sondern mahnten die Gläubigen nur noch, ihre Stimme solchen Parteien zu geben, die christlichen Werten nicht widersprachen.

Umbruch

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken schickte 1967 mit Bundesverkehrsminister Georg Leber erstmals einen Sozialdemokraten ins oberste Gremium.

Der politische Katholizismus rückte sichtbar von festen Parteizuordnungen ab und repräsentierte seit den 1970er Jahren zunehmend die verschiedensten politischen Richtungen. Eine Regierung von SPD und FDP löste 1969 die

Unionsparteien ab. Doch die Enttäuschung durch die sozial-liberale Koalition ließ nicht lange auf sich warten. Vor allem die Reformen des Eherechts, des Sexualstrafrechts und der Abtreibung rührten an den Kern traditioneller katholischer Positionen.

Die gesellschaftliche Debatte führte einerseits zur Sammlung christlicher Bürger: Es wurden Arbeitskreise zum Schutz des ungeborenen Lebens gebildet, Großkundgebungen veranstaltet und Hilfsaktionen organisiert.

Katholische und evangelische Kirche gaben erstmals eine gemeinsame Denkschrift heraus, die „den sittlichen Wertvorstellungen von allgemeiner Gültigkeit“ Gehör verschaffen sollte.

Doch mussten die Kirchen feststellen, dass sie nicht mehr Einfluss hatten als andere gesellschaftliche Gruppen und dass es für sie schwerer wurde, eine Sprache zu finden, die eine zunehmend pluralistischere, emanzipatorischer gesinnte Bevölkerung – einschließlich der Gläubigen – erreichen konnte.

Die Aufbaujahre waren vorbei. Bis in die 1970er Jahre hinein wurden die sozialpolitischen einschließlich der vermögens- und bildungspolitischen Leistungen ausgebaut.

Oben: Kardinal Hengsbach. Mitte: Heiner Geißler. Links: Die Bischöfe bei der Eröffnung der vierten Session des II. Vatikanischen Konzils in der Peterskirche. Fotos: CDU; KNA (2)

Das Anspruchdenken wuchs. Gleichzeitig verschärfte sich die Gesellschaftskritik, seit 1968 griffen Studentenproteste um sich.

Erste größere gesellschaftliche Krisen und Umbrüche zeichneten sich ab: Ölkrise und Energieverteilung, Kernkraftwerke und Umweltschutz, Einbrüche in der Schwerindustrie und Aufstieg Asiens, Entwicklung der Kommunikations- und Computertechnologie als Wachstumsmotor.

Neue Soziale Frage

Bis in die 1980er Jahre band schließlich das atomare „Wettrüsten“ Gelder und verbreitete ein diffuses Gefühl von Kriegsgefahr. Die westlichen Sozialstaaten gerieten durch Konjunkturreinbrüche, wachsende Arbeitslosigkeit, den Beginn der demographischen Verschiebung und die Kostensteigerung im Gesundheitswesen in finanzielle Engpässe, die durch öffentliche

Schulden aufgefangen wurden. Die organisierte Arbeiterschaft stand nicht mehr in scharfem Klassengegensatz zum Unternehmertum, sie war in die Gesellschaft integriert. Die alte Soziale Frage war gelöst. Mit Koalitionsfreiheit, Arbeitskampf und Tarifautonomie gab es Instrumente, für nachdrückliche Forderungen.

Andere Gruppen hatten aber keine Stimme: die kinderreichen Familien, allein stehende Mütter, alte Menschen, Behinderte und Nichterwerbsfähige. Das alte Schema des Konflikts von Arbeit und Kapital war offensichtlich nicht geeignet, denjenigen zu ihrem Recht zu verhelfen, die am Produktionsprozess nicht teilnehmen konnten.

Heiner Geißler legte den Finger auf eine neuentdeckte Wunde. Auf dem CDU-Parteitag 1975 rückte er die „Neue Soziale Frage“ ins Bewusstsein. Die Union mahnte, der Staat, dem das Gemeinwohl anvertraut ist, habe für die „Nichtorganisierten“ zu sorgen.

Heiner Geißler, geboren 1930, hatte an der Jesuitenhochschule in Pullach bei München Philosophie und in Tübingen Jura studiert, wo er über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen promovierte.

Seit 1965 nahm er als CDU-Abgeordneter des Bundestages, als rheinland-pfälzischer Sozialminister sowie ab 1977 als Generalsekretär der CDU, später auch als Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit besonders auf die Sozial- und Gesellschaftspolitik Einfluss.

Orientiert an der katholischen Sozialethik und mit taktischem Geschick vermochte er öffentlichkeitswirksam darzustellen, dass die Themen soziale Gerechtigkeit ebenso wie Frieden und Sicherheit die Hauptanliegen christlich-demokratischer Politik sind.

Jahr	Technik, Wirtschaft, Parteien	Politik und Geistesleben
1962	EWG: Gemeinsamer Markt in der Landwirtschaft Kath. Sozialwiss. Zentralstelle, Mönchengladbach: berät dt. Bischöfe und kath. Verbände	Eröffnung des II. Vatikanischen Konzils; „Spiegelaffäre“, Rücktritt Verteidigungsminister F.J. Strauß (CSU) Kuba-Krise, Abrüstungsverhandlungen Hermann Hesse †
1963	EWG: Assoziierungsabkommen mit 18 afrikanischen Staaten und Türkei Egon Bahr (SPD): „Wandel durch Annäherung“, propagiert neue Ostpolitik	Reform Unfallversicherung, Urlaub Rücktritt Adenauers, Kanzler Ludwig Erhard Ermordung J.F. Kennedys Paul VI. (1963 bis 1978)
1964	Willy Brandt, Vorsitzender der SPD	Bundeskindergeldgesetz; USA zieht in Vietnam-Krieg
1965	Wirtschaftskrise, Europäische Sozialcharta Beginn der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO)	2. Vermögensbildungsgesetz Aufnahme diplomatischer Beziehungen BRD – Israel Abschluss des II. Vatikanischen Konzils
1966		SPD gewinnt Landtagswahl NRW Große Koalition nach Bundestagswahl, Kanzler Georg Kiesinger (CDU), Vizekanzler Willy Brandt (SPD)
1967	Beginn des ersten Vollstudiengangs „Informatik“ (TU München) Bildung der Europäischen Gemeinschaft	Rentenversicherung für Angestellte Konrad Adenauer †
1968	Einführung der Mehrwertsteuer EWG: Freizügigkeit der Arbeitnehmer (freie Arbeitsplatzwahl, Gleichbehandlung) Unruhen in Berlin u.a. Großstädten nach Anschlag auf Rudi Dutschke (APO)	Gerätesicherheit Notstandsverfassung DDR: Verfassungsreform (Recht und Pflicht zur Arbeit, Streikrecht entfällt) Invasion des Warschauer Pakts in Tschechoslowakei
1969	Mondlandung der Amerikaner Gründung des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR (= Ende der Einheit der Ev. Kirche in Deutschland)	Arbeitsförderung (AFG), Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Kündigungsschutz, Berufsbildung Koalition von SPD und FDP, Bundeskanzler W. Brandt
1970		Treffen W. Brandt und W. Stoph in Erfurt; Ost-Verträge, Kniefall Brandts am Mahnmahl des Warschauer Ghettos
1971	DDR: Anstieg der Subventionen (bis 1985: Wohnungsbau: 2 127 auf 14 050, Grundbedarf und Tarife: 8 527 auf 40 622, Sozialversicherungen: 6 191 auf 15 211 Mio. Mark	Bundesausbildungsförderung, Mieterschutz, Unfallversicherung für Schüler und Studenten DDR: Erich Honnecker löst Ulbricht ab Transitabkommen
1972	EG-Erweiterung: Großbritannien, Irland, Dänemark; Freihandelszone mit 16 europ. Staaten <i>Club of Rome</i> warnt vor Umweltzerstörung Olympische Spiele in München	Rentenreform (ab 63 Jahre; Öffnung für Selbstständige und Hausfrauen), Betriebsverfassung (erweiterte Mitbestimmung); Arbeitnehmer-Überlassung; Grundlagenvertrag mit DDR
1973	Europ. Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit; Helmut Kohl Vorsitzender der CDU	Arbeitssicherheit (betriebliche Fachkräfte für Arbeitssicherheit); Beginn der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)
1974	Herabsetzung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre	Gesetze: Reform Schwerbehinderte, Konkursausfallgeld, betriebliche Altersversorgung Rücktritt W. Brandts, Kanzler Helmut Schmidt (SPD)
1975	Terroristen besetzen dt. Botschaft in Stockholm, Prozess gegen Baader-Meinhof „Würzburger Synode“ Anstieg der Reisen von Bundesrepublikanern in DDR von 2,7 Mio. (1972) auf 7,7 Mio.	Zusammenfassung des Sozialrechts in Sozialgesetzbuch, Sozialversicherung für Behinderte; Strafrechtsreform (u.a. Abtreibung gelockert) KSZE-Schlussakte in Helsinki
1976	Gründung der „Europäisch Demokratischen Union“: 20 christdemokratische und konservative Parteien aus 13 Ländern	Jugendarbeitsschutz, Mitbestimmung in Kapitalgesellschaften, 1. Ehe- und Familienrechtsreform; DDR: Ausbürgerung von Wolf Biermann
1977	Höhepunkt des RAF-Terrors: Ermordung von S. Buback, J. Ponto, H.-M. Schleyer	Gesetze zur Kostendämpfung: Renten, Krankenversicherung
1978		Rente ab 60 Jahre für Schwerbehinderte Volker Schlöndorff/Günter Grass: <i>Die Blechtrommel</i> Johannes Paul II.
1979	Europäisches Währungssystem (EWS) tritt in Kraft, Währungsseinheit ECU; erste Direktwahlen zum Europäischen Parlament	Mutterschaftsurlaub, Reform Arbeitsgerichte; Warschauer Pakt: SS-20-Raketen; NATO-Doppelbeschluss (Nachrüstung und Verhandlungsbereitschaft zu Abrüstung)
1980		Gleichbehandlung am Arbeitsplatz
1981	EG-Erweiterung: Griechenland; Gründung der Bundespartei „Die Grünen“ in Karlsruhe Friedensdemonstration in Bonn	Künstlersozialversicherung, Kostendämpfung Krankenversicherung, Schwarzarbeit, AFG-Konsolidierung Enzyklika <i>Laborem exercens</i> , Johannes Paul II.
1982	DDR: „Friedensforum“, Jugendliche fordern zivilen Ersatzdienst	Gesetze: Krankenversicherungspflicht der Rentner (in Kraft ab 1984), Beschäftigungsförderung; Helmut Kohl (CDU) nach konstruktivem Misstrauensvotum gegen H. Schmidt Bundeskanzler, Koalition mit FDP



Papst Johannes Paul II. 1980 am Grab Adolph Kolpings in der Minoritenkirche. Mit dem Besuch kurz nach seiner Wahl ehrte das Oberhaupt der katholischen Kirche den Gesellenvater als einen der Gründer der katholischen Sozialbewegung.

Foto: Archiv

8. „Wir sind das Volk“

Verantwortung für die soziale und demokratische Ordnung

Die Bundesrepublik Deutschland profitierte von der Dynamik der wirtschaftlichen Verflechtungen wie vom Schutz der militärischen Nato-Partnerschaft. Als Mitglied der westlichen Wertegemeinschaft nahm das Land auch an der Individualisierung und Pluralisierung der Industriegesellschaften teil.

Sozialpolitische Forderungen, die wirtschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe des Einzelnen zu garantieren, verbanden sich mit Misstrauen gegenüber dem übermächtigen Staat. Großdemonstrationen der 1980er Jahre hatten Wettrüsten, Atomkraftwerke, Datenschutz und 35-Stunden-Woche zum Thema. Zugleich führten Ereignisse wie der Reaktorunfall in Tschernobyl/UdSSR, die neue Epidemie AIDS und der Skandal um die Rinderseuche BSE die

globale Auswirkung von Risiken vor Augen, denen der Nationalstaat allein nicht gewachsen ist.

„Geistig-moralische Wende“

Die sozialliberale Koalition wurde 1982 durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bildete mit Hans-Dietrich Genscher (FDP) eine neue Regierung. Unter dem Schlagwort „geistig-moralische Wende“ hatte die Union vor allem auch den katholischen Wähleranteil zurückgeholt. Der politische Katholizismus hatte sich seit Ende der 1960er Jahre in katholische Politiker vereinzelt, die als bekennende Christen aber immer noch eher in den Unionsparteien zu

finden waren als in SPD oder gar FDP. Und hatten bei den Bundestagswahlen 1965 insgesamt 68 Prozent (%) aller Katholiken für die Unionsparteien gestimmt, waren es 1969 noch 65%, 1972 nur 57%; 1980 gab es mit 53% einen Tiefpunkt. Die Regierung Kohl konnte im März 1983 wieder 65% der Katholiken mobilisieren (Zahlen nach Th. Gauly: Katholiken, 1991, S. 317 ff.).

Die Erwartungen an eine christliche Politik waren bei kirchlich engagierten Katholiken hoch. Sie konnten nicht eingelöst werden, insofern wenig finanzieller Spielraum für Familien- und Sozialpolitik vorhanden war. Und auf eine ideelle geistige Umkehr waren weder die Union noch die säkularisierte Gesellschaft vorbereitet. Zumal die Abtreibungsfrage blieb eine offene

Wunde. Erst mit der Neuregelung im Zuge der deutschen Wiedervereinigung wurde sie wieder aufgegriffen. Nun wird zwar mit der Beratungspflicht der Schwangeren ein moralischer Einfluss ermöglicht – eine Aufgabe, derer sich auch kirchliche Beratungsstellen bis zum Veto des Papstes 1999 engagiert annahmen –, doch wurde durch die Formel „rechtswidrig, aber straffrei“ und die Kostenübernahme der Weg zur Abtreibung faktisch erleichtert.

Die Sozialpolitik musste sich seit dem Ölpreis-Schock der 1970er Jahre mit dem Erhalt des bestehenden Sicherungssystems befassen. Die so genannte Sockelarbeitslosigkeit wächst kontinuierlich an, was zu mangelnden Einnahmen der Versicherungen bei steigenden Ausgaben führt.

Bischof Josef Homeyer. Er arbeitete am Gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“.

Foto: Bistum Hildesheim



Obwohl in den 1980er Jahren neue Arbeitsplätze entstanden, ist der Arbeitsmarkt dem Andrang der geburtenstarken Jahrgänge, der Zuwanderung und der steigenden Zahl qualifizierter Frauen nicht gewachsen. Daneben ist seit 1967/68 ein stetiger Geburtenrückgang zu beobachten. Die lange verdrängte und gegenwärtig viel diskutierte Folge, dass künftig immer weniger Erwerbstätige zunehmend höhere Unterhaltsleistungen für nicht und nicht mehr aktive Mitbürger aufbringen müssen, zeichnet sich schon seit Jahrzehnten ab.

Sozialpolitische Kärnerarbeit

Norbert Blüm war in der gesamten Regierungszeit von Union und FDP Arbeits- und Sozialminister. In den Jahren zwischen 1970 und 1982 war die Sozialleistungsquote von 26 auf 33% gestiegen – bis zum neuerlichen Regierungswechsel 1998 widmete er sich vor allem der Sicherung des bestehenden Sozialsystems und konnte sogar einige Lücken schließen.

Mit dem 1935 geborenen Blüm amtierte wieder ein zutiefst von der christlichen Soziallehre geprägter Politiker, der seine Linie offensiv vertrat. Aus gleicher Wurzel stammt sein weltweites Engagement für Menschenrechte und Bekämpfung der Kinderarbeit.

Er hatte nach einer Werkzeugmacherlehre bei Opel in Rüsselsheim das Abendgymnasium besucht und Philosophie, Germanistik und Theologie studiert. Als Hauptgeschäftsführer (1968–1975) und Bundesvorsitzender (1977–1987) der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft prägte er das „soziale Gewissen“ der Union.

Familienpolitische Akzente setzte er mit der Einführung von Erziehungsgeld und -urlaub sowie der höheren Bewertung von Kindererziehungszeiten in der Rente. Mit der Pflegeversicherung (1995) als fünfter Säule des Systems wurde der längeren Lebensdauer des Einzelnen und der notwendigen Entlastung von Familienangehörigen bzw. der Selbstversorgung Alleinstehender Rechnung getragen. Norbert Blüm war überzeugt, dass das gewachsene Sozialversicherungssystem tragfähig und flexibel ist. Nicht Systemwechsel, sondern Reform war daher seine Devise: demographischer Faktor bei den Renten, neue Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose und weitere Anpassungen sollten die Grundsicherung stabilisieren. Dazu gehörte auch die vorsichtige Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Bis 1989 sank die Sozialleistungsquote auf 29%, mit den sozialen Lasten der Wiedervereinigung schnellte sie wieder auf 33% (1994).

Die Einheit Deutschlands und der Fall des „Eisernen Vorhangs“ 1989/90 schenkte Millionen von Menschen Freiheit von totalitärer Herrschaft und atheistischer Staatsdoktrin. Das Zusammenwachsen der europäischen Länder ermöglichte den wirtschaftlichen Aufstieg der Transformationsländer, mit allen Chancen und Risiken für ihre Bewohner wie auch für die Westeuropäer. Die mentalen Fremdheiten und die wirtschaftlichen Kosten der Wiedervereinigung sind späte Kriegsfolgen. Nicht zuletzt sind sie fatale Folgen eines Gesellschaftsmodells, das eine so einfache wie radikale Lösung der „Arbeiterfrage“ vorgab, aber – wie es Johannes Paul II. ausdrückte – gerade jenen schadete, denen es zu helfen vorgab.

Der Mensch ist Person

Die Sozialzyklen des eminent politisch denkenden Papstes haben die existentielle Lage des Menschen im Blick. Karol Wojtyła, geboren 1920 in Wadowice/Polen, hat früh seine engste Familie verloren und die Okkupation durch Deutschland erlebt. Im Oktober 1978 zum Papst erhoben, nahm er den Kampf für Religionsfreiheit, Menschenrechte und Gerechtigkeit auf.

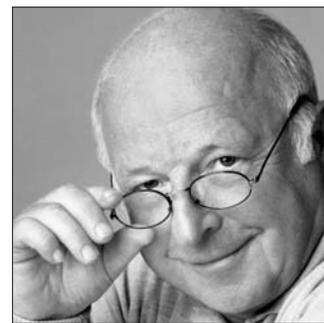
In „*Laborem exercens*“ (1981) reflektiert Johannes Paul II. über die menschliche Arbeit angesichts des technischen Fortschritts und der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse. Ausgangspunkt ist der Mensch als Person, als solcher ist er Subjekt der Arbeit. Materialistische und ökonomistische Denkweisen, die die Arbeit ausschließlich als Ware behandeln, werden ebenso abgelehnt wie die Frontstellung von Arbeit und Kapital. Die Würde der menschlichen Arbeit liegt in ihrem „schöpferischen, erzieherischen und verdienstlichen Charakter“,

das heißt in ihrer Teilhabe an der geistigen Berufung des Menschen. Konsequenterweise weist der Papst auf „das Prinzip des Vorranges der Arbeit gegenüber dem Kapital“. Kapital wird als bloßes Instrument angesehen, insofern wird die Tätigkeit des abhängigen Arbeitnehmers auch nicht in Gegensatz zur Arbeit des Unternehmers gebracht.

Die Enzyklika „*Centesimus annus*“ (1991), die anlässlich des 100. Jahrestages der ersten Sozialenzyklika, „*Rerum novarum*“ von Leo XIII., veröffentlicht wurde, steht ganz im Zeichen der gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen. Nach dem Niedergang des Kommunismus warnt die Kirche nun vor einem materialistischen Kapitalismus. Die Marktwirtschaft wird anerkannt, doch zugleich eine soziale und gerechte Rahmenordnung gefordert: Angestrebt wird eine „Gesellschaftsordnung der freien Arbeit, der Unternehmen und der Beteiligung“.

Das Gemeinsame Wort

Bezogen auf die Lage in Deutschland äußerten sich die katholische und die evangelische Kirche im Gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (1997). Als gravierende Probleme werden die Krise des Sozialstaats, die ökologische Krise, die europäische Integration und die Globalisierung genannt. Als Hauptübel wird die Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet. Zu den Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen ohne Lehrstelle kommen die Arbeitslosen der neuen Bundesländer. Wohl streben die Kirchen an, dass die „Dominanz der Erwerbsarbeit“ überwunden und familien- und ehrenamtliche Tätigkeit anerkannt werden, doch stellen sie die Schaffung von Arbeitsplätzen ins Zentrum: Den Arbeitssuchenden „sollen die mit der



Links: In den Kolping Berufsbildungswerken, wie hier in Donauwörth, erhalten Menschen mit Förderungsbedarf den nötigen Schub für den Start ins Berufsleben.

Oben: Norbert Blüm.

Fotos: Archiv

Erwerbsarbeit verbundenen Chancen der Teilnahme, der sozialen Integration, der Existenzsicherung und der persönlichen Entfaltung eröffnet werden“.

Strukturelle Reform

Die Soziale Marktwirtschaft und die Sozialversicherungssysteme werden gewürdigt, aber deren strukturelle und moralische Erneuerung angemahnt. Zum einen sollen Anspruchsrecht und Leistungspflicht spürbarer miteinander verbunden werden, zum anderen wird die Sozialpflichtigkeit des Eigentums in Erinnerung gerufen und eine breitere Vermögensstreuung gefordert. In Anbetracht der europäischen Erweiterung und des großen globalen Austauschs werden im Gemeinsamen Wort der Kirchen solidarische und friedensichernde Maßnahmen als selbstverständliche Bestandteile der Sozialpolitik herausgestellt.

Seitens der katholischen Kirche war der Vorsitzende der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, Josef Homeyer (geb. 1929), beteiligt. Der westfälische Bauernsohn hat nach dem Theologiestudium in Soziologie

promoviert. Seit 1972 Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, bemühte er sich besonders um die Zusammenarbeit mit den Bischöfen in der DDR und die Verständigung mit den polnischen Bischöfen. 1983 wurde er Bischof von Hildesheim.

Homeyer schrieb das Gemeinsame Wort mit dem Papier „Das Soziale neu denken“ (2003) fort, in dem er zusammen mit führenden Katholiken aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Eckpunkte für eine langfristige Reformpolitik formulierte.

Als zentrale Herausforderungen werden neben der strukturellen Arbeitslosigkeit der demographische Wandel und die Erosion alter Solidaritätsformen aufgeführt. Subsidiarität und Solidarität sind die Leitbilder für die notwendigen Reformen. Sie beinhalten Eigenverantwortung als Recht und Pflicht, Hilfe zur Selbsthilfe und Förderung der solidarischen Netzwerke wie Familie, gemeinnützige Einrichtungen und Nachbarschaftshilfen. „Das Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft verlangt, ihren Mitgliedern dasjenige materielle Auskommen zu gewährleisten, das sie brauchen,

um an dieser Gesellschaft teilzuhaben. Soziale und ökonomische Ungleichheiten müssen deshalb begrenzt werden. ... Je pluralistischer und individualistischer unsere Gesellschaft wird, desto wichtiger wird die Beteiligungsgerechtigkeit, und umso mehr müssen Menschen ihre Fähigkeiten entwickeln und ihre Bereitschaft entfalten können, zum Gelingen des Ganzen beizutragen.“

Neue Solidarität

Es wird ein „integrales Verständnis von sozialer Politik“ entwickelt: Erstens sind sozialpolitische Maßnahmen an ihren Folgen für die Ausgeschlossenen und die kommenden Generationen zu messen. Zweitens sind die Felder, die nicht zur traditionellen Sozialpolitik zählen, zum Sozialen in Bezug zu setzen, vor allem die Familien- und Bildungspolitik. Die Fixierung auf Transferleistungen soll zugunsten der Förderung von Ausbildung und sonstiger zukunftsorientierter, produktiver Bereiche aufgebrochen werden.

Der Sozialkatholizismus Deutschlands ist im Wesentlichen in den katholischen Verbänden beheimatet. Sie haben sich – wie die Gesellschaft ins-

gesamt – einerseits pluralisiert. Andererseits wurden die vielfältigen Dienste professionalisiert, was die Qualität der Arbeit sicher verbessert hat, aber Gefahr läuft, das „unprofessionelle“ ehrenamtliche Engagement zurückzudrängen.

Zudem tun sich die Laienräte schwer, mit fundierten Stellungnahmen den öffentlichen Raum zu erobern. Das kirchliche Amt mit seinen Enzykliken und bischöflichen Schriften macht auch bei politischen Kontroversen seine Autorität geltend. Das ist gut so, aber der Aufgabenbereich der Laien und die Zuständigkeit der Amtsträger ist nicht klar abgegrenzt.

Bernhard Sutor, Sozialethiker an der Katholischen Universität Eichstätt und langjähriger Laienratsvorsitzender, fordert daher ein rechtlich institutionalisiertes Forum für Amt und Laien, um das Nebeneinander zu einem gleichberechtigten Miteinander zu verknüpfen.

Wie die Kirche als Ganze, müssen auch die Verbände in einer zunehmend entchristlichten Gesellschaft leben. Die Milieus haben sich im Zuge von wirtschaftlicher und technischer Entwicklung, gesellschaftlicher Mobilität und

einer Pluralisierung der Lebensstile weitgehend aufgelöst. Der Abstand zur Kirche wächst. Mit der deutschen Einheit haben sich überdies die Bevölkerungsanteile von Christen und Nicht-Christen verschoben. Gehören im Westen 76% der Bevölkerung einer christlichen Kirche an, so sind es im Osten nur 28% (4% kath.). Im gesamten Bundesgebiet leben jeweils ca. 32% Katholiken und Protestanten und 35% Nicht-Christen (2002).

Erbe und Auftrag

Je nach Problem und eigener Betroffenheit (z. B. Arbeitslosigkeit) erwartet nur ein Drittel bis die Hälfte der Bevölkerung eine Antwort der Kirchen auf sozial- und wirtschaftspolitische Fragen. Sozialethische Kompetenz wird offenbar weniger dem Klerus als vielmehr Wissenschaftlern, Vertretern von Verbänden und Interessengruppen sowie Politikern zugetraut.

Das Ringen um das soziale Gleichgewicht ist zudem eine Machtfrage zwischen den Organisierten und Besitzenden (auch Arbeitsplatzbesitzenden) und den Nicht-Organisierten, Nicht-Besitzenden (wie Erwerbslose, künftige Generationen).

Angesichts der Globalisierung, des technischen Fortschritts, der Migrationen und der Neuformierung Europas stehen wir vor geschichtsträchtigen, tief greifenden Umbrüchen. Es ist es notwendig, einen sozialen Konsens herzustellen, der für einen neuen Gesellschaftsvertrag taugt. Verantwortung für die soziale und demokratische Ordnung können die Katholiken wahrnehmen, indem sie versuchen, die bewährte christliche Sozialethik auf die neuen Gegebenheiten anzuwenden.

Jahr	Technik, Wirtschaft, Parteien	Politik und Geistesleben
1983	„Die Grünen“ erstmals in Bundestag vertreten (5,6 %) DDR: kath. Bischöfe gegen Militarisierung, Friedensdemonstration in Dresden	Entlastung der Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung (Selbstbeteiligung) Stationierung von US-Mittelstreckenraketen
1984	Immunschwäche Aids, HIV-Virus entdeckt	Vermögensbildung, Vorruhestand
1985	DDR: Entstehung oppositioneller Gruppen (Frieden, Umwelt, Menschenrechte) Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU der Sowjetunion	Beschäftigungsförderung (Befristung, Teilzeitarbeit), Renten (Kindererziehungszeiten) Heinrich Böll † (Literaturnobelpreis 1972)
1986	Reaktorunfall in Tschernobyl/UdSSR erstmalig Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Erziehungsgeld und -urlaub, Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen
1987	Grundsatzpapier von SPD und SED	Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verbessert Enzyklika <i>Sollicitudo rei socialis</i> , Johannes Paul II:
1988	DDR: Demonstration oppos. Gruppen am Rande offizieller Kundgebung (Todestag R. Luxemburg und K. Liebknecht)	Strukturreform Gesundheitswesen, Arbeitsteilzeit, Mitbestimmung (zugunsten der Betriebe) Franz Josef Strauß †
1989	Montagsdemonstrationen in Leipzig („Wir sind das Volk“), Besetzung dipl. Vertretungen der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Prag, Warschau, Budapest; es flüchten ca. 225 000 Bürger Lothar de Maizière, Vorsitzender Ost-CDU	Einführung eines Dienstleistungsabends, Sozialversicherungsausweis Öffnung der ungarischen Grenze (18.8.), DDR: Feier zum 40. Jubiläum (6.10.), Öffnung der innerdeutschen Grenze (9.11.)
1990	Schengener Abkommen: Einschränkung von Personen- und Warenkontrollen an EG-Binnengrenzen (ab 1992)	BRD-DDR: Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (18.5.), Vereinigung Deutschlands (3.10.); erste gesamtdeutsche Bundestagswahl (2.12.)
1991	Gemeinschaftswerk „Aufbau Ost“ RAF-Terroristen ermorden Präsidenten der Treuhandanstalt D. Rohwedder	Kinder- und Jugendhilfe Auflösung der UdSSR, Gründung der GUS; Golfkrieg um Kuwait Enzyklika <i>Centesimus annus</i> , Johannes Paul II.
1992	Maastricht-Vertrag: „Europäische Union“ als neue Stufe der Europäischen Gemeinschaft; Wirtschafts- und Währungsunion	Renten: Formel auf Nettolohnbasis, höhere Altersgrenzen, Verlängerung der Kindererziehungszeiten, Novellierung des § 218 StGB
1993	EU-Binnenmarkt tritt in Kraft Vereinigung von „Bündnis 90/Die Grünen“ in Leipzig	gleiche Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte, Gesundheitsstrukturgesetz deutsche Soldaten in UN-Kampfeinsätzen (Bosnien)
1994		Arbeitszeit (Flexibilisierung), Beschäftigungsverbote für Frauen aufgehoben Erich Honecker †
1995	EG-Erweiterung: Österreich, Finnland, Schweden	Pflegeversicherung; Solidarpakt (Solidaritätszuschlag)
1996	4,3 Mio. Arbeitslose, „Bündnis für Arbeit und Standortsicherung“ von Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften gegründet; scheitert; EU-Gipfel Dublin: Stabilitätspakt für gemeinsame Währung „Euro“	Altersteilzeit, Renten: Zeiten ohne Beitragsleistung wie Ausbildung u. Arbeitslosigkeit eingeschränkt; Senkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall; Reform Arbeitslosenhilfe; Änderung Ladenschluss; Europäische Betriebsräte; Krankenhausfinanzierung
1997		Renten: Kindererziehungszeiten höher bewertet, freie Wahl der gesetzlichen Krankenversicherung
1998	RAF erklärt sich für aufgelöst	rot-grüne Koalition nach Bundestagswahl, Kanzler Gerhard Schröder (SPD); Korrekturgesetz: Einschränkungen rückgängig; Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz, demographische Formel bei Renten
1999	Einführung des Euro im bargeldlosen Zahlungsverkehr; Umzug Bundestag nach Berlin	Rentenerhöhung für 2 Jahre gekürzt, Neuregelung geringfügige Beschäftigung; Krieg Jugoslawien – Kosovo; Günter Grass: Literaturnobelpreis
2000	BSE-Krise (Lebensmittelsicherheit); Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di	Gesetz über Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe
2001	Terroranschlag auf World Trade Center in New York (11.9.), NATO ruft Verteidigungsfall aus, US-Angriff auf Afghanistan	Erwerbsminderungsrente; Schwerbehinderte (Rehabilitation und Eingliederung); Betriebsverfassung (Stärkung des Betriebsrats)
2002	Einführung des Euro als Barzahlungsmittel	„Riester-Rente“, Neuregelung Witwen-/Witwerrente
2003	erster Ökumenischer Kirchentag in Berlin	Gesundheit (Selbstbeteiligung), Renten: demographische Komponente, Haushaltsbegleitgesetz (Subventionsabbau), Zeitarbeit, Minijob, „Ich-AG“ Golfkrieg USA gegen S. Hussein
2004	Terroranschlag auf Bahnlinien in Madrid (11.3.) EU-Beitritt von 10 Neumitgliedern (1. 5.)	Umbau der Bundesanstalt für Arbeit zur Bundesagentur; Bekämpfung der Schwarzarbeit
2005		Arbeitslosengeld II

Impressum:

Herausgeber: Deutsche Kolpingsfamilie e.V., Kolpingplatz 5-11, 50667 Köln.

Verantwortlich: Dr. Michael Hanke, Martin Grünewald.

Redaktion: Idee & Tat, Kolpingplatz 5-11, 50667 Köln
E-Mail: ideeundtat@kolping.de
Tel. (0221) 20701 -195,
Fax (0221) 20701 -186.

Autorin dieser Extra-Ausgabe: Petra Uertz
Mitarbeit: Andreas Hölting (-197)

Druck: Druckerei Lutz GmbH, Köln

Die Redaktion bittet um Vorschläge, Anregungen, Kritik und Zusendung von Erfahrungsberichten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Bestelladresse:

Materialabteilung des Kolpingwerkes Deutschland, Kolpingplatz 5-11, 50667 Köln, Tel. (0221) 20701-130/ -128, Fax -38. Bestellungen sind auch im Internet-Kolping-Shop unter www.kolping.de möglich.

Der Versandkostenanteil beträgt innerhalb Deutschlands 4,60 Euro. Ab einer Bestellsumme von 150 Euro erfolgt die Lieferung versandkostenfrei.

LITERATURTIPPS

Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, hg. von Jürgen Aretz / Rudolf Morsey / Anton Rauscher, Bde. 1-11, Mainz und Münster 1973-2004.

Hürten, Heinz: Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800-1960, Mainz 1986.

Schatz, Klaus: Zwischen Säkularisation und Zweitem Vatikanum. Der Weg des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1986.

Morsey, Rudolf (Hg.): Katholizismus, Verfassungsstaat und Demokratie. Vom Vormärz bis 1933 (Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 1), Paderborn 1988.

Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung, hg. von Günther Rüter, Bonn, 3. Aufl. 1989.

Heitzer, Horstwalter (Hg.): Deutscher Katholizismus und Sozialpolitik bis zum Beginn der Weimarer Republik (Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 6), Paderborn 1991.

Hürten, Heinz (Hg.): Katholizismus, staatliche Neuordnung und Demokratie 1945-1962 (Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 7), Paderborn 1991.

Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente. Einführung von Oswald von Nell-Breuning / Johannes Schasching, hg. vom Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands, Köln, 8. Aufl. 1992.

Ockenfels, Wolfgang (Hg.): Katholizismus und Sozialismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert (Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 11), Paderborn 1992.

Sutor, Bernhard: Politische Ethik. Gesamtdarstellung auf der Basis der Christlichen Gesellschaftslehre, Paderborn, 2. Aufl. 1992.

Klein, Gotthard: Der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet: Der Volksverein für das Katholische Deutschland 1890-1933. Geschichte, Bedeutung, Untergang, Paderborn 1996.

Langner, Albrecht: Katholische und evangelische Sozialethik im 19. und 20. Jahrhundert. Beiträge zu ideengeschichtlichen Entwicklungen im Spannungsfeld von Konfession, Politik und Ökumene, Paderborn 1998.

Euchner, Walter / Grebing, Helga / Jähnichen, Traugott / Langhorst, Peter / Friedrich, Norbert / Stegmann, Franz Josef: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus - Katholische Soziallehre - Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, hg. von Helga Grebing, Essen 2000.

Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. von Winfried Becker / Günter Buchstab / Anselm Doering-Manteuffel / Rudolf Morsey, Paderborn 2002.

Muschiol, Gisela (Hg.): Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation, Münster 2003.

Lampert, Heinz / Althammer Jörg: Lehrbuch der Sozialpolitik, Berlin, 7. Aufl. 2004.

*verantwortlich leben
solidarisch handeln*

Kolping in zwölf Sätzen

- Wir laden ein und machen Mut zur Gemeinschaft.
- Wir handeln im Auftrag Jesu Christi.
- Wir nehmen uns Adolph Kolping zum Vorbild.
- Wir sind in der Kirche zu Hause.
- Wir sind eine generationenübergreifende familienhafte Gemeinschaft.
- Wir prägen als katholischer Sozialverband die Gesellschaft mit.
- Wir begleiten Menschen in ihrer persönlichen und beruflichen Bildung.
- Wir eröffnen Perspektiven für junge Menschen.
- Wir vertreten ein christliches Arbeitsverständnis.
- Wir verstehen uns als Anwalt für Familie.
- Wir spannen ein weltweites Netz der Partnerschaft.
- Wir leben verantwortlich und handeln solidarisch.